

Verbands-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 40

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus Grothstraße 1. Fernspr. 6, 8248.

Hamburg,

Sonnabend, 4. Oktober 1913.

Anzeigen kosten die fünfgepaltene Non-
paraillezeile oder deren Raum 50 Pfg.
(der Betrag ist stets v o r h e r einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

Kollegen! Nehmt die noch kurze, günstige Zeit wahr zur Agitation für unsern Verband!

Arbeitslosenfürsorge.

Seit Wochen steht wieder das so überaus wichtige Problem der Arbeitslosenfürsorge auf der Tagesordnung der allgemeinen Öffentlichkeit, es wird auf Kongressen, in staatlichen und kommunalen Parlamenten hin und her erwogen, untersucht und diskutiert, aber dabei kommt man keinen Schritt weiter, es einer praktischen Lösung entgegenzuführen. Gegenüber den theoretischen Paarspaltigkeiten sind es die deutschen Gewerkschaften gewesen, die praktisch die Arbeitslosenfrage zu lösen versuchten. Die große Mehrzahl der der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften hat bereits die Arbeitslosenfürsorge eingeführt und mit dem Deutschen Bauarbeiterverband, der sicherlich in aller kürzester Zeit ebenfalls zur Durchführung dieses Problems schreiten wird, wird dann, nachdem unsere Haller Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung beschlossen, auch die große Gruppe der Bauarbeiter diesen bedeutungsvollsten Unterstützungszweig durchgeführt haben. Mitte im Jahre 1912 haben die freien gewerkschaftlichen Zentralverbände 8,9 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, von 1891 ab über 68 Millionen. Damit haben die Gewerkschaften viel Glanz gemilbert und im wahren Sinne des Wortes Kulturarbeit geleistet. Die große moralische Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Gesellschaft hat der Universitätsprofessor Dr. Schanz, Würzburg, mit der Schilderung der moralischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die davon betroffenen Proletarier sehr zutreffend dargelegt, indem er ausführte:

„Die Mehrzahl der Menschen wird durch den regulären Gang der Beschäftigung und des Einkommens auf dem Wege des Guten gehalten; sie kraucht, sobald dieser Gang unterbrochen wird und die Not an die Tür pocht. Die besten Charaktere erweisen sich schwach gegenüber dieser Gewalt. Auf viele wirkt es schon sehr abtumpfend, wenn sie infolge längerer Arbeitslosigkeit allmählich werden. Selbstgefühl und Scham erleiden nicht selten Einbuße. Die unverheirateten Arbeitslosen geraten leicht ins Wandern, gewöhnen sich ans Nichtstun und Betteln, kommen in den Kleibern herunter, verfallen dem Alkoholgenuss und der Unreinlichkeit und sinken so allmählich in die Klasse der Stromer und Bagabunden, um nicht selten als Verbrecher zu enden. Die unverheirateten weiblichen Arbeitslosen sind der Ausbeutung der Vermittlungsbureaus und der Prostitution ausgesetzt. Auch die verheirateten Arbeitslosen und mit ihnen ihre Familien verkommen. Der Mann, der wochenlang nichts zu tun hat, wird zum Müßiggänger und Wirtschaftsbefucher. Oft ist es in solcher Lage nur noch die Frau, welche die Familie und damit den Mann durch die Arbeit erhält, und auch das wirkt leicht demoralisierend auf den Mann. Nicht das von der Frau Verdiente nicht aus, sind die allenthalben vorhandenen Ersparnisse verzehrt, dann kommen Schulden für die nötigen Bedürfnisse des Lebens und Mietrückstände und schließlich, wenn der Kredit erschöpft ist, die bitterste Not. Zur Arbeitslosigkeit gesellt sich bald die Wohnungslosigkeit, und wenn die Familie einmal auf der Gasse ist, dann ist der vollständige Zerfall derselben kaum mehr zu verhindern. Man darf sich nicht wundern, wenn dann den Betroffenen der Ruf sinkt, wenn sie sich gänzlich gehen lassen und wenn sie auf der abschüssigen Bahn allmählichen Verkommens dauernd über Gemeinde zur Last fallen. Nicht selten endet aber, ehe es soweit kommt, die durch die Arbeitslosigkeit und Not zur Verzweiflung gebrachte Familie unter erschütternden Szenen in gemeinsamem Tod. Der Arbeitslose wird irre an dem Vertrauen auf die Fürsorglichkeit und Gerechtigkeit der bestehenden Ordnung und ihrer Vertreter. Die große Zahl der aus ihnen hervorgehenden Desillusionierten und Arbeitslosen wird eine öffentliche Gefahr. Die Schar der Arbeitslosen macht auch die in Arbeit Befindlichen unzufrieden, da sie deren Existenz bedrohen, indem sie durch ihr ungestümes Verlangen nach Arbeit den Lohn drücken, meist die Krankenkassen belasten und die Arbeiter in der allgemeinen Achtung herunterziehen. Schon das Umschauen nach Arbeit an immer neuen

Stellen, die sich wiederholende, oft schroffe Abweisung wirkt verlegend und erbitternd.“

Aber die Fürsorge für die Arbeitslosen ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, das ist Pflicht der Allgemeinheit. Darum erheben wir auch mit Recht die Forderung, daß Reich, Staat und Gemeinden für die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung einzutreten haben. Fest steht, daß an eine gänzliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter dem heutigen Wirtschaftssystem nicht gedacht werden kann. Diese Tatsache muß vor allem im Auge behalten werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann darum jetzt nur in der Weise geschehen, daß ihre traurigen Folgen gemildert und abgeschwächt werden. Gegen ein Uebel, das nicht den Einwirkungen eines einzelnen unterliegt und von ihm in keiner Weise beeinflusst werden kann, muß der Staat eingreifen. Daß dies möglich ist, zeigt uns das Beispiel Englands. Ueber die Entwicklung der englischen Arbeitslosenversicherung fällt die Woche folgendes Urteil:

„Der Bericht über die Arbeitslosenversicherung gibt in interessanten Einzelheiten eine Uebersicht über die Schwierigkeiten, die dem neuen und beispiellosen Plane im Wege standen. Um sämtliche Arbeiter von etwa sechs Arbeitszweigen unserer größten Industrie in die obligatorische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu bringen; um die vielen Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Arbeitszweigen zu regeln; um zweieinhalb Millionen Arbeiter, die über das ganze Land zerstreut sind, zu registrieren und zu klassifizieren; um etwa eine halbe Million Stellenänderungen durch 1500 Arbeitsnachweis-Bureaus vorzunehmen, einen Beamtenstab von 5600 Personen zu organisieren — und alles das, ohne nennenswerte Unzufriedenheit und Kritik hervorzuheben, ist eine administrative Leistung, auf die das britische Beamtentum mit Recht stolz sein darf. Wir haben also ein erfolgreich arbeitendes System, unter dem ein Sechstel der Lohnarbeiter: Mechaniker und Schiffbauer, Bau- und Wagenarbeiter, Eisengießer und Sägemühlensarbeiter, die zusammen mit den Unternehmern und dem Staat bemüht sind, einen Fonds zu schaffen, um die Not der Arbeitslosigkeit lindern zu können. Der Arbeiter zahlt 20 Pfg. die Woche, der Unternehmer ebensoviel, der Staat ungefähr 7 Pfg. Wenn der Arbeiter beschäftigungslos wird, erhält er 7 Mk. die Woche während 15 Wochen im Jahre. Man darf annehmen, daß die Kosten der Arbeitslosenversicherung jährlich zwischen 10 Millionen und 60 Millionen Mark schwanken werden: bei gutem Geschäftsgange 10 Millionen, bei sehr schlechtem 60 Millionen Mark.“

Das erste Jahr der Arbeitslosenversicherung — das Gesetz trat im Juli 1912 in Kraft — schloß mit einem Kassenbestand von 32 Millionen Mark ab.“

In England haben für die Angehörigen der Gewerkschaften, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, ausschließlich die Versicherungsleistungen dieser Verbände Platz zu greifen. Und gerade der planvollen, umfassenden Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen sind neben der Tätigkeit eines gut geschulten Beamtentums die Erfolge der englischen Zwangsversicherung zu danken.

Der 1911 in Dresden stattgefundene Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands hat die diesbezüglichen Forderungen der organisierten Arbeiter zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung einwandfrei niedergelegt. Zu begrüßen ist es, daß auch der Jenaer Parteitag zu dem Punkt Arbeitslosenfürsorge Stellung genommen hat. Zwar hat sich die Partei schon wiederholt über diese Frage ausgesprochen und unsere Genossen haben in den Parlamenten und in den Gemeinderäten wiederholt allgemeine Fürsorge für die Opfer der Arbeitslosigkeit gefordert und durch zahlreiche, ausführbare Vorschläge gezeigt, wie diese zu gestalten ist. Der Referent über diesen Punkt, Genosse Timm, München, gab ein ergreifendes Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit, die seit Wochen Tausende von Arbeitern betroffen infolge des Tiefstandes des Bankredits, infolge der wirtschaftlichen und politischen Erschütterun-

gen. Einer solchen Krisis gegenüber, hob er weiter hervor, wie es die gegenwärtige ist, versage aber die Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft, und die Gewerkschaften, die so Außerordentliches geleistet haben, können verlangen, daß endlich Reich, Einzelstaaten und Gemeinden ihre Pflicht den Arbeitslosen gegenüber tun. Unsere deutsche Sozialgesetzgebung habe zwar eine schwache Fürsorge für Kranke, Unfallverletzte, Unfälle; aber die Opfer der Arbeitslosigkeit sind sich bisher selbst überlassen. Und doch war es kein geringerer als Bismarck, der 1884 im Reichstage ausführte: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist“. Als damals Eugen Richter Bismarcks zur Eindämmung der Sozialdemokratie unternommene Sozialgesetzgebung als eine Einmischung in das freie Spiel der Kräfte zurückwies, erwiderte Bismarck: „Dem Staat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können.“ Und heute? Die leitenden Personen ergehen sich fortgesetzt darin, alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber unseren Forderungen vorzuschützen. Auf der Generalkonferenz der Arbeitslosigenkonferenz meinte Dr. Zacher vom Statistischen Amt des Reichs, daß das Problem nur durch eine Zwangsversicherung nach beruflicher Gliederung gelöst werden könne. Gleichzeitig aber verkündete die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die bisherigen Versuche, die Arbeitslosen vor der äußersten Not zu schützen, mehr oder weniger versagt hätten, die Gemeinden und die Verbände hätten überwiegend nur Mißerfolge erzielt. Wo immer es gilt, den kapitalistischen Profit zu wahren, tritt die Raubtiernatur des Kapitalismus traß in Erscheinung, und so sei das Scharmachertum gegenwärtig bestrebt, sich für die Zukunft billige Lohnslaven zu sichern. Die kapitalistische Presse schreibe von einem übertriebenen Arbeitslosengeschrei, von einer Vermehrung der Simulanten, Arbeitslosenfürsorge sei ein heller Bahnhöh.

Dem Proletariat stehe Schlimmes bevor, das Elend werde um so drückender werden, als die Arbeitslosigkeit in eine Zeit außerordentlicher Teuerung aller Lebensmittel, Mieten und Gebrauchsgüter fällt. Als die berufenen Vertreter der Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft fordern wir daher von den herrschenden Gewalten wirksame Hilfe gegen das Massenelend. Wir verlangen nicht Notstandsarbeiten unter billigeren Löhnen, sondern zu Tarif- oder mindestens üblichen Berufslohnen, wo Tarife nicht bestehen. Der Teufel Arbeitslosigkeit darf nicht durch den Belegbus Lohnbrückerie ausgetrieben werden, sonst wird das Lebensniveau des Volkes herabgedrückt.

Seine Forderungen und Vorschläge faßte der Referent in der nachstehenden Resolution zusammen, die vom Parteitag einstimmig angenommen wurde:

„Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schnelle Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.“

Zu allen öffentlichen Körperchaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenberaumungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untreubare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise: sie wird erst mit der Führung der sozialistisch organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit latträglich zu mildern.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Wie zur Verwirklichung der allgemein öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das Entzihen der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

So sehen wir, daß nur die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei es sind, die mit aller Energie dafür eintreten, daß von der herrschenden Klasse in der Arbeitslosenfrage der bisherige Schandrian beseitigt und etwas Positives geleistet wird.

Den Arbeitslosen zu helfen, ist die nächste und dringendste Aufgabe des Tages, heißt es in dem oben veröffentlichten Aufruf des Parteivorstandes und er fordert auf: Zur Durchführung einer wirksamen Arbeitslosenfürsorge muß überall eine energische Agitation in Angriff genommen werden. Das Vorgehen unserer Vertreter im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden muß durch Massenversammlungen nachdrücklich unterstützt werden.

Nur verdoppelte Anstrengung kann die Abgunst der Verhältnisse weitmachen!

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

III.

Als geantwerpliche Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die kirchlich-und christlichen Gewerkschaften, seit 1869 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die kirchlich-und christlichen Gewerkschaften haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 197.740 auf 108.225, also nur um 14,5 oder 1,7 Proz. gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkschaften hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91.661	1907	108.889
1901	96.765	1908	105.633
1902	102.851	1909	108.028
1903	110.215	1910	122.571
1904	111.889	1911	107.743
1905	117.097	1912	109.225
1906	118.508		

Von den einzelnen Gewerkschaften zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44.604 (+ 894), die Fabrik- und Handarbeiter 17.997 (- 221), die Eisenbahner Württembergs 8000 (- 8), Textilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4639 (+ 119), Bergarbeiter 3156 (- 789), Brauer 2484 (+ 185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (- 44), Maler, Lackierer 1703 (+ 30), Töpfer, Ziegler 1458 (- 32), Gemeindegewerkschaften 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 190), Kellner 688 (+ 595), Frauen und Mädchen 668 (- 62), Selbständige Erwerbslose 550 (+ 370), Bildhauer 317 (- 19), Bäcker und Konditoren 300 (+ 33), Küfer 54 (+ 2), Klempner 30 (- 3), Gärtner (- 20), Kaufleute (- 100) und Wäger (- 54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkschaften werden auf 2.786.341 M., die Gesamtausgaben auf 2.345.310 M. und die Gesamtvermögensbestände auf 1.828.851 M. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andre als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung betragen 226.777 M., für Reiseunterstützung 18.412 M., für Umzugsunterstützung 20.886 M., für Notfallunterstützung 34.195 M. und für Invalidenunterstützung 16.586 M., für Streikunterstützung 348.939 M., für Bildungszwecke 22.195 M., für Agitation und Reisen 206.269 M., für Generalversammlungen und Konferenzen 11.847 M., für Zeitungen 122.900 M., für Verwaltungskosten 336.210 M., für Arbeitsvermittlung, Druckfachen und Agitationsmaterial 34.270 M., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaftsverbände 47.571 M. und für Rechtschutz 11.791 M. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstüßungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerkschaften zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766.530 M. und 119.932 M. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkschaften um ja. 800.000 M., also um ja. 40 Proz., reduzieren.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 341.687 (1911: 340.957) und für den Jahresdurchschnitt eine solche von 350.930 (1911: 350.574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730, und bis Jahresabschluss 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzhaft sein, ganz besonders im Verichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so ausfuchtsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen. — Sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterklasse das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die Mitgliederzahl der christl. Gewerkschaften seit 1900:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159.770	1905	265.032	1910	295.129
1901	160.772	1906	320.248	1911	340.957
1902	179.799	1907	354.760	1912	344.687
1903	192.617	1908	264.519		
1904	207.484	1909	270.751		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betragen: Bergarbeiter 76.988 (- 6600), Bauarbeiter 43.691 (+ 3786), Metallarbeiter 42.644 (+ 1391), Textilarbeiter 39.908 (- 2494), Eisenbahner, Bayerische 23.785 (+ 1), Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 20.941 (- 1253), Staats-, Gemeindegewerkschaften 17.856 (+ 2110), Holzarbeiter 17.280 (+ 1818), Heimarbeiterrinnen 8188 (+ 1189), Keramik- und Steinarbeiter 7411 (+ 808), Tabakarbeiter 7388 (- 469), Lederarbeiter 5756 (+ 372), Schneider 4742 (+ 449), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner, Württembergische 3886 (+ 622), Telegraphenarbeiter 3302 (- 27), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 3239 (+ 169), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 2968 (+ 308), Gasthausangestellten 2773 (+ 564), Graphischer Zentralverband 1993 (+ 368), Krankenpfleger 1620 (+ 166), Eisenbahner, Mecklenburgische 987, Gärtner 819 (+ 18).

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6.243.643 M. auf 6.608.350 M. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5.299.781 M. auf 5.222.727 M. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7.082.942 M. auf 8.575.658 M. angewachsen.

Von den Einnahmen entfielen 50.866 M. (1911: 52.556 M.) auf Aufnahmegebühren, 5.966.965 M. (5.629.651 M.) auf Beiträge, 39.151 M. (49.724 M.) auf Extrabeiträge und 551.368 M. (511.711 M.) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549.973 M., Agitation 670.024 M., Streik- und Gemäßigkeitsunterstützung 654.323 M., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201.223 M., Krankenunterstützung 761.293 M., Sterbeunterstützung 205.083 M., Rechtschutz 116.703 M., Sonstige Unterstüßungen 57.611 M., Bibliothek und Bildungszwecke 133.267 M., Gesamtverbandsbeiträge 93.382 M., Gehälter 170.754 M., Verwaltung 259.936 M., Anteil der Lokalkassen 1.145.722 M., sonstige Ausgaben 203.028 M.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272.517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reiche 3.266.819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3.042.295 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224.616 zu verzeichnen, von denen 209.404 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89.628.266 M. (1911: 80.953.814 M.), die gesamten Ausgaben 68.673.714 M. (1911: 67.629.149 M.) und die gesamten Vermögensbestände 91.202.295 M. (1911: 70.878.305 M.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, publizistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der kirchlich-und christlichen Kranken- und Begräbniskassen.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerkschaften und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2 die Gewerkschaften 13,8 und die christlichen 16,0 Proz. der Mitglieder. 1912 wuchs das Verhältnis sogar wie 84:3,4:11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen trotz all ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorisismusmärsche und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstüßung fortgesetzt im Rückgang begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Söhne je länger um so mehr abfinden müssen.

Zur Geschichte des Marmors.

Von E. H. Wolff, Friedmann.

(Schluß)

(Schluß fortsetzen)

Eine Wandlung zum Bessern trat dann im 17. Jahrhundert ein, als man begann, Ornamente aus Marmor zu schneiden, die nach andern Ländern, besonders Frankreich, Österreich und Preußen, ausgeführt wurden und hier wieder die Verwendung des Marmors für architektonische Zwecke in härteren Maße anregten. Anzeichen der enormen Schwierigkeiten und Kosten, die der Marmortransport von Italien aus verursachte, bekamen sich jetzt verzweigte Kanäle auch auf die Marmorbrüche im eigenen Lande und suchten diese für die Gewinnung und Verwendung des edlen Gesteins zu erschließen. Ludwig XIV., ein großer Verehrer der Marmor-Statuen wie der Marmor-Architektur, machte den Anfang, indem er die zahlreichen, wenn auch nicht sehr großen Marmorbrüche Frankreichs zur Ausbeutung zu bringen suchte. So ließ er für seine Zwecke die Brüche im nördlichen Frankreich, die den Ortsteil, einen prächtigen Marmor bis hinreichend Marmor mit oberem belien Marmor und insbesondere verlaufenden Marmor, bringen. In dem französischen Teile wurde ein ziemlich feines in einem weißen und buntem Marmor, der jedoch für die Zwecke der Plastik wie die der Architektur verwendet werden konnten, und dem maßgebenden Beispiel des französischen Teiles beruhen sich die meisten andern Teile Europas, besonders auch die zahllosen Teile des Mittelalters, mit mehr oder weniger Erfolg nachzuahmen. — Insbesondere dauern jedoch die Bemühungen der Verwendung des Marmors für die höchsten Tempel und Anlagen, auch für Gärten, Brunnen, Schmuckwerke, und die heilige Möbelindustrie fort. Eine größere und dauernde Erfolge und eine größere Ausbeutung der Marmorbrüche konnten aber als diese Bemühungen nicht erzielen, und unter dem Zwang des dreißigjährigen Krieges und seinen Katastrophen kamen auch Österreich und Preußen dem Marmor in den nördlichen Ländern wieder zum Vorschein. Die nördlichen Brüche wurden wieder gefördert, darunter auch die oben erwähnten nördlichen Brüche im nördlichen, und auch Italien, das sich nicht mehr beschränkt auf die übrigen nördlichen Länder beschränkt, da es sich hier nicht viel anders als in dem nördlichen Teil der nördlichen Länder zu verhalten, die Marmorbrüche wieder zu neuen Leben zu erwecken, die nun, insbesondere und zugleich

leistungsfähigere Verkehrs- und Transportmittel entstanden, als Schifffahrt und Eisenbahnen die gewaltige Verkehrsentwicklung herbeiführten, die, wie auf so viele Zweige des Gewerbes und Kunstfleißes, so auch auf die verschiedenen Gebiete der Gewinnung, Bearbeitung und Verwendung des Marmors von fruchtbarstem Einfluß wurden. Jetzt wurden überall die alten Marmorbrüche wieder aufgenommen, beispielsweise in Frankreich die Brüche im nördlichen Teil im Jahre 1845, die seit der Zeit Ludwigs XVI. vollständig brach gelegen hatten, neue Brüche wurden erschlossen, überall regte sich das lebhafteste Streben zur intensiveren und häufigeren Gewinnung, besonders auch architektonischen Verwendung des edlen Gesteins. Etwa seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts dauert der große Aufschwung in der architektonischen und künstlerischen Verarbeitung des Marmors, dauert auch die Entwicklung der kunstgewerblichen Marmorwaren-Industrie.

Gegenwärtig ist noch Italien das Land der größten Marmorproduktion auf dem gesamten Weltmarkt und liefert zu den 40 Millionen Mark, die den Wert des jährlich in der ganzen Welt gebrachten Marmors repräsentieren, allein etwa 20 Millionen Mark zu. Unerreicht ist es vor allem in der Produktion des edlen weißen Carrara-Marmors aus den kararischen Brüchen, außer dem das Land aber auch noch Brüche bei Padua, Pisa, Verona und Florenz, sowie auch auf Sizilien und Sardinien besitzt. Die meisten Marmorarten hingegen werden heute noch wie schon vor Jahrhunderten in Griechenland gebrochen, während Belgien vor allem den trefflichen schwarzen Marmor sowie auch verschiedene bunte Arten für vorzugsweise architektonische Zwecke liefert. Spanien, Portugal und Rußland besitzen ebenfalls Brüche verschiedener Marmorarten, von deren Erzeugnissen jedoch nur wenig über die Grenzen der Heimatländer hinaus kommt. England gewinnt sehr gute Arten schwarzen und schwarzweissen gestrichelten und gebänderten Marmor, aber auch verschiedene gute bunte Arten, darunter den in der Architektur und in der Marmorwaren-Industrie sehr geschätzten Schiefer-Marmor, den white marble, aus Cornwall und Northampton, der aus großen Quarziten aus Cornwall besteht und zu Platten geschliffen wird, die durch Farbenspiel und Zeichnung ganz hervorragend wirken. Schottland hat in Southport sehr ausgebeutete Brüche schwarzen Marmors, jetzt auch auf Tyne, einer der zahllosen Gebirgs- und Inseln an der Schottische Küste, und in Skottland, nämlich in Island der Schiefer-Marmor, ein schwarzer, schieferer Marmor mit weißen oder grünlichen Einschlüssen, sowie auch ein sehr

schöner purpurroter Marmor, der aus der Grafschaft Tipperary stammt, gebrochen wird. Frankreich bricht in zahlreichen, jedoch nur wenig großen Brüchen sehr verschiedene Arten zumeist bunten und in Architektur und Kunstgewerbe gern bewandten Marmor, außerdem aber auch den Blanc de St. Beau, einen guten weißen Bildmarmor, der beispielsweise bei der Großen Oper in Paris, sowie auch an andern öffentlichen Gebäuden viel verwendet worden ist und ausgezeichnet wirkt. Die Schweiz liefert ebenfalls verschiedene Marmorarten, unter denen der Marmor von Saillon sowie der glimmerhaltige Cipollin, der Zwiebelmarmor von elfenbeinartiger Grundfarbe mit grünen, konzentrisch gelagerten Streifen, am wichtigsten sind und in allen deutschsprachigen Ländern viel verwendet werden. Norwegen liefert vorzüglichste weiße, rote, zitronengelbe und dunkelblaue Marmor, die besonders in dem nördlichen Saltenfjord und in Velfjorden gebrochen werden, sich durch hohe Schönheit in Farbe und Musterung auszeichnen und viel nach England und Deutschland ausgeführt werden. Österreich besitzt zwar Marmorlager von ziemlicher Ausdehnung, die jedoch bisher verhältnismäßig wenig ausgebeutet worden sind. Von großem Wert sind die Marmorbrüche in Tirol, die vor allem den vorzüglichsten weißen Kaiser Marmor, einen hervorragenden und dem besten kararischen Marmor nicht nachstehenden Bildhauer-Marmor, ferner den Sterzinger Marmor ähnlicher Art und den mittelfeinen, weiß bis weißgrau gefärbten Marmor von Predazzo liefern.

Deutschland hat zahlreiche Marmorbrüche, die jedoch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht von größerer Ausdehnung sind und deren Erzeugnisse vorwiegend im Lande bleiben, hier aber in der Architektur, im Kunstgewerbe, dem Möbelbau und der sehr entwickelten deutschen Marmorwaren-Industrie ein sehr geschätztes Material sind. Verhältnismäßig reich an Marmorbrüchen ist Schlesien, das grauen und bleifarbenen Marmor aus der Gegend von Runggen, von Priesborn bei Strehlen und von Rißelberg, weißen, gelblichen und rötlich gebänderten Marmor hingegen aus Kottbusch gewinnt. Bei Ranshan wird ein guter weißer Marmor gebrochen, den die Architekten als Material für Treppenhäuser, Treppengeländer, Säulen, Carportage und sonstige Verarbeiten der Kirchenbaukunst schätzen und viel verwenden und der u. a. im Berliner Dom und im Kaiserdom zu Potsdam in ausgedehntem Maße verwendet worden ist. Güter brauner, teilweise auch buntgefleckter Marmor wird in den Umgebungen von Jähen, Fegern, Neubarn bei Rosenheim und Berchtesgaden gewonnen. Einem ausgezeichneten Marmor von schönem

Die sächsische Gewerbeinspektion 1912.

Der sächsische Gewerbeinspektionsbericht für 1912 ist erschienen und zwar als der letzte. Wenn ein Sprichwort lautet: „Was lange währt wird gut!“, so kann man das von dem Bericht gerade nicht behaupten. Seit Jahren schon und besonders seit dem bekannten Erlaß des Reichskanzlers gegen die „unnötigen sozialpolitischen Betrachtungen und Anregungen der Inspektoren“ lassen diese an Trockenheit nichts zu wünschen übrig. Trotzdem enthalten sie für den Leser Schürfenben manch Interessantes und liefern — wider Willen vielleicht — wertvolles Material für die Beurteilung der Lage der Arbeiter in Sachsen.

Das Berichtsjahr (1912) war ein Jahr glänzender Konjunktur, wenn auch schon die kriegerischen Verwicklungen an verschiedenen Punkten der Welt ihre ungünstigen Wirkungen auslösten.

Die Entwicklung zum Großbetrieb machte wiederum auch in dem Industriezweig Sachsen gewaltige Fortschritte. Die Zahl der in den Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern Beschäftigten stieg von 757 510 im Jahre 1911 auf 806 408 im Jahre 1912.

Auf die einzelnen Industrien verteilen sich diese wie folgt:

Table with 4 columns: Branche, Betriebe 1911, Betriebe 1912, Arbeiter 1911, Arbeiter 1912. Rows include Textilindustrie, Maschinenindustrie, Metallverarbeitung, etc.

Den hervorragendsten Anteil am Wachstum hatte die Metallbranche (Maschinenbau und Metallverarbeitung) mit einer Zunahme von 16 556 erwachsenen männlichen Arbeitern (über 16 Jahre). Der größte Prozentfuß weiblicher Arbeiter ist natürlich in der Textilindustrie zu finden: über 50 Proz. (nämlich 131 406) der überhaupt in ihr beschäftigten Personen. In der Bekleidungsindustrie ist sogar der Prozentfuß noch größer: 57,5 Proz., doch ist die Zahl (36 095) geringer. Auch die meisten Jugendlichen findet man in ihr: 69 846, 2830 davon waren noch nicht 14 Jahre. In der Maschinenindustrie waren 12 228, in der Bekleidungsindustrie 7 110, in der Metallverarbeitung 7 168, in der Papierindustrie 3 135, in der Holzindustrie 3 710, bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 4 748, im polygraphischen Gewerbe 3 185 Jugendliche beschäftigt. Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sind die Urteile der verschiedenen Berichtsersteller verschieden. Allgemein wird flotte Beschäftigung berichtet, mit Ausnahme einiger Gegenden, in denen die Textilindustrie vorherrscht. Die Löhne haben vielfach eine Steigerung erfahren, aber die herrschende Teuerung hat das wieder weit gemacht. So sagt der Bericht aus dem Dresdener Bezirk:

Wenn trotz der steigenden Löhne von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung nicht gesprochen werden kann, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Preissteigerung verschiedener Lebensmittel, besonders des Fleisches. Deshalb dürften Mehreinnahmen durch die hohen Lebensmittelpreise wieder aufgehoben worden sein und da, wo Lohnerhöhungen nur in geringem Umfange stattfanden, haben sich die Arbeiter, ebenso wie in andern Bevölke-

zungskreisen, Einschränkungen auferlegen müssen.“

Der Leipziger Beamte sagt: „Die Erwerbverhältnisse sind trotz hoher Fleischpreise nicht ungünstig gewesen.“

Im Zwickauer Bezirk waren nach dem Bericht recht zufriedenstellende Erwerbverhältnisse. Die Arbeitslöhne sollen allgemein gestiegen sein. Aber der Mehrerwerb wurde durch die allgemeine Teuerung der Lebensmittel, besonders des Fleisches, sowie der Wohnungen wieder ausgeglichen.

Nur in der Lausitz soll sich die Lage der Arbeiter nach dem Bericht des Beamten gehoben haben: Hohe Löhne, starke Beschäftigung und — billige Lebensmittel konstatiert er. Wer die Verhältnisse in der Lausitz kennt, wird sowohl den „hohen Löhnen“ wie den „billigen Lebensmitteln“ mit einer außerordentlichen Skepsis gegenüberstehen. Allerdings die Fleischteuerung spüren diese Leute nicht, weil sie sich so wie so kein Fleisch kaufen können.

Die Löhne freilich mußten erst — trotz der glänzenden Konjunktur — durch den Druck der Organisationen erhöht werden. In Glauchau und Meerane freilich konnten die Unternehmer erst durch die wegen der niedrigen Löhne sehr stark einsetzende Abwanderung der Arbeiter dazu gezwungen werden, da sie allen Forderungen der Arbeiterorganisationen zähen Widerstand entgegensetzten.

In der Metallindustrie hat die Organisation der Metallarbeiter mächtige Fortschritte gemacht, besonders auch im Erzgebirge und Vogtlande. Der Bericht für Zwickau konstatiert eine Erhöhung der Löhne in der Metallindustrie bis teilweise um 36 Proz. Vielfach wird auch schon von den Unternehmern, um das Menschenmögliche aus den Arbeitern herauszupressen, zu dem verwerflichen Prämienystem, der Vorbereitung zu dem Taylorsystem, gegriffen.

Die Arbeitszeit ist vielfach noch eine außergewöhnlich lange, besonders in der außerordentlich großen Anforderung stellenden Grobblechindustrie, in denen Arbeitszeiten von den Beamten von 12 und in einzelnen Fällen selbst 13 Stunden festgelegt werden. Was an Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden ist, haben die Arbeiter, wie die Beamten konstatieren, nur ihren Gewerkschaftsorganisationen zu verdanken.

Außerordentlich entgegenkommend waren die unteren Verwaltungsbehörden in der Erteilung von Erlaubnis zur längeren Beschäftigung von Frauen über zehn Stunden.

In den Berichten wird auch erwähnt, daß einzelne Unternehmer in ihren gemischten Betrieben auch die Arbeitszeit der männlichen erwachsenen Arbeiter auf zehn Stunden ermäßigten, weil ja die Frauen nicht länger arbeiten dürften. Allerdings werden aus Annaberg in einzelnen Betrieben — 15 bis 17 Stunden tägliche Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter berichtet. Wie leichtfertig oft die Unternehmer mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umspringen, dafür bietet der Bericht eine ganze Reihe von krassen Beispielen. Besonders in der Grobblechindustrie sind die Arbeiter außerordentlich stark gefährdet. Im Dresdener Bezirk stieg die Unfallziffer in dieser Industrie von 25,05 Proz. im Jahre 1911 auf 27,05 Proz. 1912. Auf 3692 Arbeiter, die in der Grobblechindustrie beschäftigt wurden, kamen 1014 Unfälle.

Aber was schert das die Unternehmer. Arbeiterleben sind billig. Außerordentlich groß ist wegen der Privatität der Unternehmer die Zahl der von den Aufsichtsbeamten gemachten Anstände und Anordnungen. In einer Bautzener Waggonfabrik passierten nur deswegen so viel Unfälle (1471 im Jahre 1912), weil an den

Holzbearbeitungsmaschinen ungeleitete Arbeiter beschäftigt wurden. Vielfach werden, wie ein anderer Beamter konstatiert, jugendliche Arbeiter an den so gefährlichen Maschinen beschäftigt.

Die Zahl der Unfälle insgesamt betrug 22 849, davon waren 124 tödlich. Es mußten insgesamt 12 830 Anordnungen zur Verhütung von Unfällen getroffen werden.

Von den schrecklichen Todesfällen, die die moderne Industrie mit ihren komplizierten Maschinen über die Arbeitsschienen verhängt, geben folgende Fälle ein graufiges Bild: In einer Spinnerei wurde ein Andreher zwischen Wagen und Gestell eines Selbstfaktors erdrückt. In einer Getreidemühle verlor ein jugendlicher Arbeiter beim Freimachen eines verstopften Zammelbehälters einer Schälmaschine in den darin befindlichen Schalen und erstikte. Von einer Schleudermaschine wurde ein Arbeiter gegen eine Säule geschleudert, daß er starb. Ein Arbeiter an einer Pappentmaschine wurde in den Hülz hineingezogen und erdrückt. In einem Holzwerk wurde ein Arbeiter von einem glühenden Eisenstab durchstoßen und getötet. Ein 15jähriger Lehrling wurde in einer Brauerei vom Wender auf der Darre erdrückt.

Die Gesundheitschädigungen sind noch schlimmer, weil sie unendlich viele, fast alle Arbeiter betreffen. Nur sehr schwer sind die Unternehmer zu bewegen, etwas zu tun. Die Meierkrankungen, klagt ein Beamter, nehmen eher zu als ab; die Lungentuberkulose fordert viele Opfer.

Der Zwickauer Beamte konstatiert, daß die Hygieneausstellungen in Dresden betr. der Anbringung von Staubfangapparaten vorbildlich gewirkt hätte. Trotzdem müssen oft die selbstverständlichen Dinge angeordnet werden. Außerordentlich gesündigt wird an dem weiblichen Geschlecht. Die Frauen müssen oft Arbeiten verrichten, die auch allerhöchste ihre Gesundheit und die des zukünftigen Geschlechts bedrohen. So wurden in mehreren Bezirken des Erzgebirges Arbeiterinnen an den so gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. In einer Papierwarenfabrik mußte dem Betriebsinhaber erst durch den Aufsichtsbeamten die Beschäftigung einer schwangeren Frau an einer Heftmaschine mit Fußbetrieb untersagt werden; 15- bis 16jährige Mädchen wurden gleichfalls an solchen Maschinen beschäftigt. Der revidierende Beamte veranlaßte, daß eine Einschränkung der Beschäftigung von Frauen und Mädchen an solchen Maschinen infolgedessen herbeigeführt wurde, daß nur gesunde Personen und zwar nicht dauernd beschäftigt werden dürfen. Die „menschenfreundlichen“ Fabrikanten legten hiergegen noch Returs ein, fielen aber damit ab.

Die Kinderarbeit ist der Finsternis unerträglich so herrliche Gesellschaftsordnung. Die Unternehmer tun so, als ob ohne sie die Industrie zugrunde gehen müßte. Besonders in der Heimindustrie ist sie gang und gäbe. Die Jammerlöhne, die dort bezahlt werden, drängen die Eltern dazu, ihre Kinder mit einzuspannen.

Die Durchführung des Kindergesetzes ist in Sachsen den Gewerbeaufsichtsbeamtinnen übertragen, die im Jahre 1912 5596 Betriebe mit zusammen 4368 eigenen und 2027 fremden Kindern kontrollierten. Sie ermittelten dabei 1905 Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen und führten 78 Bestrafungen herbei. Sie haben den Hauptwert bei den Eltern auf die Belehrung gelegt. Die meisten Eltern dränge die Not zur Uebertretung. Sie erwiderten auf die Vorhaltungen: „Wir würden die Kinder sehr gerne nicht mitarbeiten lassen, wenn wir nur so viel verdientes, daß es nicht nötig wäre.“

Dabei kennen die Eltern die gute Absicht des Kindergesetzes und die Gefahren, die durch übermäßige Beschäftigung für die Kinder entstehen, aber die wirtschaftliche Not zwingt die Eltern, ihre Kinder zum Mitverdienen anzuhalten. So berichten die Beamtinnen. Das klingt etwas anders als die Reden der Unternehmervertreter über den „Segen der Kinderarbeit“. Solange freilich nicht die Heimarbeit verboten ist, solange wird es kaum gelingen, die Kinderarbeit einzuschränken oder ganz zu beseitigen.

Damit haben wir aus dem Bericht doch eine ganze Menge herausgeholt, das eine grelle Beleuchtung der heutigen Produktionsweise liefert und zeigt, wie berechtigt der Kampf der Arbeiterklasse um mehr Luft, Licht und Sonne auch für die Arbeiter ist. Ganz deutlich sind die Schäden der übermäßig langen Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit, der niedrigen Löhne und teuren Lebensmittel, die Gefahren der Arbeit und die Gleichgültigkeit der Unternehmer auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ausgezeigt. Man muß nur die starren Zahlen lebendig machen. Da enthüllen sie manches.

Der Fall Rheinland-Westfalen auf der Hauptverbandsversammlung des Arbeitgeberverbandes zu Berlin.

Unserm Berichte in Nr. 35 des „V.-A.“ über die Kalertage in Berlin, in dem auch die Verhandlung des Tarifstreikes des Gau's Rheinland-Westfalen schon mit behandelt ist, fügen wir hier noch einiges hinzu. Danach scheint es in Berlin recht heiß hergegangen zu sein.

Nachdem von verschiedenen Rednern in der Debatte über den Bericht Kruse über den Verlauf der Lohnbewegung der Fall angeknüpft war, gab Dr. Coelsch Aufklärung, warum Gau II die Schiedsprüche nicht annehme. Dabei richtete er heftige Angriffe auf den Hauptverbandsvorsitzenden und die süddeutschen Arbeitgeber.

v. Breszinski, Danzig, nahm Kruse in Schutz und Lacroix, Karlsruhe, verteidigte Süddeutschland gegen die Angriffe von Dr. Coelsch. Hieraus führten aus: Salomon, Elberfeld: Die Schiedsprüche haben in Deutschland viel Unwillen erregt. Wir haben Ihnen gezeigt, daß die rote Flut gegen den Gau II nicht ankommen kann, dafür sollten Sie uns dankbar sein, anstatt uns zu bekämpfen.

Rühlmann, Bamern, verteidigt die Ausführenden Dr. Coelsch über die Maßnahmen des Gau II. Die Gehilfen lagen am Boden; wenn die Aussperrung nur noch acht Tage dauerte, mußten sie sich bedingungslos ergeben. (!?)

Kruse: Ich muß verschiedene Angriffe des Herrn Dr. Coelsch auf meine Person mit Energie zurückweisen. Herr Dr. Coelsch hat mir Rückgratlosigkeit vorgeworfen, als wir dazu kamen, die Schiedsprüche

hellgrauer Farbe, der ein treffliches Material für die feinere Architektur ist, liefert ein mächtiger Bruch bei Untersberg, der überdies durch die Größe der hier gewonnenen Marmorblöcke berühmt ist. Dieser Bruch lieferte u. a. den gesamten Marmor, darunter Werkstücke von ganz gewaltiger Größe, für den Bau der Walhalla, jenen großartigen Marmorbau bei Donaustauf, eine Schöpfung Ludwig I. von Bayern, der in der Zeit von 1830 bis 1841 errichtet wurde und eins der hervorragendsten Erzeugnisse der Marmorbaukunst ist. Ferner finden sich noch im Thüringer Wald, besonders bei Saalburg in Reuß, im Harz und im Rheinischen Schiefergebirge Brüche schönen schwarzen, grauen und roten, zum Teil stark gestrahlten und geäderten Marmors, und in Deutsch-China endlich werden bei Ebnatun weiße und grüne Marmore großförmiger Struktur gebrochen.

Von größter, geradezu epochaler Bedeutung für die weitere Entwicklung der gesamten Marmorindustrie, für Marmorgewinnung und Marmorbearbeitung der ganzen Welt aber scheint die neuerdings erfolgte Entdeckung ganz ungeheurer Marmorlager in Deutsch-Südwestafrika zu werden, geradezu märchenhafter Marmorvorkommen, die an Ausdehnung und Mächtigkeit alle andern Marmorbrüche der Welt, auch diejenigen von Carrara, die bisher als die größten galten, bei weitem übertreffen, ja weit größer sind als alle andern Marmorbrüche der Welt zusammengekommen. Es handelt sich hierbei um gewaltige Lager farbenprächtiger Marmorarten, einfarbiger wie zusammengesetzter, die in der Nähe von Swakopmund beginnen und sich in Bergketten, die bis zu 350 m Höhe aufragen, bei einer Breite von etwa einem Kilometer sich bis ungefähr 150 Kilometer weit in das Land hinein erstrecken. Während ferner in allen andern Marmorbrüchen der Marmor nur in Bänken bis zu höchstens 3 bis 6 Meter Dicke auftritt, die in das übrige wertlose Gestein eingebettet sind und aus diesem mühsam freigelegt werden müssen, bestehen die erwähnten Berge ihrer ganzen gewaltigen Ausdehnung nach aus gutem Marmor, bilden mithin ein Raub von ungezählten Milliarden von Kubikmetern Inhalt. Selbst der Umkreis der Berge besteht noch aus Marmor, ebenso wie das Gestein auch noch um Hunderte von Metern tief in den Erdboden hineinreicht. Weil also das Gestein offen zu Tage liegt, ist auch die Gewinnung eine verhältnismäßig einfache und leichte, während sie beispielsweise in den karthagenischen Brüchen außerordentlich schwierig und kostspielig ist, da hier das Gestein nur in tiefen und schwer zugänglichen Schichten gebrochen wird, die der Herausförderung die größten Schwierigkeiten bereiten. Die bisher erhaltenen Proben zeigen einen guten, weiß-

weiße sogar ganz vorzüglichen Marmor von hervorragender Farbenschönheit, ausgezeichnete förmiger Struktur und bester Gesundheit, die sich bis ins Innerste des Gesteins erstreckt, während andre Marmorarten oftmals von Rissen, fehlerhaften und brüchigen Stellen und Unebenheiten durchsetzt sind, die Wert und Wirkung des gebrochenen Gesteins vermindern und oftmals die Erlangung größerer Werkstücke unmöglich machen. Demgegenüber ist der afrikanische Marmor ein vollkommen fehlerfreies und homogenes Material, das die Erzielung selbst der allergrößten Werkstücke, solcher, die bis an die äußerste Grenze der Transportmöglichkeit gehen, gestattet. Die Farben variieren vom zartesten Weiß bis zum tiefsten Blau, Rot, Gelb und Grün, sind einfach wie zusammengesetzt und ergeben, da das Material sich überdies von hervorragender Polierfähigkeit erweist, ausgezeichnete Wirkungen nach Farbenspiel, Ton und Zeichnung. Auch einige Arten guten weißen Statuenmarmor sind gefunden worden. Der Wert verschiedener Sorten wurde von Sachverständigen bis auf 1000 Mark pro Kubikmeter geschätzt, für Marmor, der nicht Bildhauernzwecken dient, ein ganz enormer Preis, der nur durch hervorragende Qualität gerechtfertigt werden kann. Nach allem muß der Marmor aus Deutsch-Südwestafrika ein ganz vorzügliches Material für alle architektonischen Zwecke, für Innendekoration, ornamentale Bildhauerei und Kunstgewerbe sein. Für die Ausbeutung dieser ganz einzig dastehenden Marmorvorkommen hat sich ein Syndikat mit einem Kapital von 5 Millionen Mark gebildet, das bereits mit der Ausbeutung begonnen hat. Die vorläufige jährliche Ausbeute soll nur etwa 9000 Kubikmeter im Werte von etwa 3 000 000 Mark betragen, um nicht durch eine zu schnelle und große Produktion den Marmormarkt zu sehr zu erschüttern und das Gestein zu entwerten. Daher kommt es, daß Carrara, obwohl sich seine Marmorlager nicht im entferntesten an Mächtigkeit mit denjenigen der deutschen Kolonien messen können, gegenwärtig doch noch den größten Teil des in der Welt verarbeiteten Marmors liefert, freilich mit der Aussicht, daß es über kurz oder lang seine Bedeutung als größter Marmorlieferant der Welt wird verteidigen müssen.

Wenn auch nur ein Teil von dem, was bisher über die Marmorlager Deutsch-Südwestafrikas berichtet worden ist, auf Tatsächlichkeit beruht und nur ein Teil der daran geknüpften Hoffnungen in Erfüllung geht, so dürfte ein neues Kapitel in der Geschichte des Marmors, seiner Bearbeitung und Verwendung für die Zwecke der Kunst, des Kunstgewerbes und der Architektur beginnen, das noch vollständig unübersehbar vor uns liegt.

anzunehmen und die Sperre aufzuheben. Herr Dr. Coelsch, ich erwidere Ihnen, daß es in den nächsten Monaten 25 Jahre werden, daß ich Malermeister bin und zwei Drittel von dieser Zeit stehe ich mitten in der Bewegung und nehme teil an den Bewegungen unseres Malergewerbes. Sie werden mir also nicht sagen wollen, daß ich in der Beurteilung von solchen wichtigen Fragen nicht gründlich erfahren bin und nicht genügend Rückgrat habe. Herr Doktor, um das richtig zu beurteilen, sind Sie viel zu wenig Sachmann, dazu sind Sie noch zu jung. Ich habe immer gesagt, meine Herren Kollegen, sobald mal in unsere Bewegungen die Akademiker hineinkommen, ist die Sache von vornherein verpfuscht. Die Hauptsache in unseren Bewegungen ist, daß der Handwerker zum Handwerker spricht und daß das gegenseitige Vertrauen da ist.

In Beginn der Verhandlungen am 12. August gab zu obiger Episode der neue Vorsitzende des Gaus II, E. Lomon, Elberfeld, folgende Erklärung ab:

Der Gau II protestiert gegen die Behandlung, die Hauptverbandsvorsitzender Herr Kruse dem Herrn Dr. Coelsch zuteil werden ließ. Herr Dr. Coelsch ist hier als zweiter Vorsitzender des Gaus II und er hätte vom Gau II den Auftrag, in der Weise zu reden, wie er es getan hat und hat also nicht etwa in seinem eigenen Namen gesprochen. Er hat also als zweiter Vorsitzender, nicht in eigener Person, gehandelt.

K. A. D. Schulz, Leipzig: Meine Herren Kollegen, wir werden doctrimar. Dr. Coelsch hat den Fehler begangen, daß er Herrn Kruse zuerst persönlich angegriffen hat. Der Zundstus eines Verbandes kann nicht zweiter Vorsitzender sein. Wenn jeder Gau sich hinstellen will und erklären, wir nehmen den Tarif nicht an, so können wir unsere Hauptversammlung ad acta legen. Das geht nicht. Wir wollen nach außen deklarieren, daß wir nicht meining sind. Wir haben alle Ursache, rasch nach außen hin gefestigt aufzutreten. Daß der Gau II den Tarif nicht anerkennen will, ist für die Gehilfen ein gesundes Fressen. Gewundert habe ich mich, daß ein Kollege hier im Vertrauen der Ueberzeugung die Aenderung des Hauptverbandes fordert. Den Hauptverband auf Abbruch verfertigen? Aenderungen am Statut unseres Verbandes sind ein Verbrechen am Verbands. Wir dürfen nichts niederreißen. - Betreffs des Bundes deutscher Dekorationsmaler muß ich bemerken, daß dieser keine Stärke in der Eigenschaft hat, daß dieser bei den Artistischen Vorträge hält und dadurch großen Einfluß auf die Artisten hat. Man darf das nicht leicht nehmen. Diese paar Mädel können uns recht unliebbare Konkurrenz machen.

Ich erlaube das Abseind nochmal, sich zufrieden zu geben und sich dem Tarife anzuschließen. Solche Lugeleien sind der großen Sache absolut schädlich. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

K. A. M. P. J., München: Der geirige Zwischenfall hat auf unsere Verhandlungen seinen guten Eindruck gemacht. Ich bin der Ueberzeugung, daß Herr Dr. Coelsch das, was er gestern hier gesagt hat, nicht hat sagen wollen. (Dr. Coelsch: Was ja vom Gau dazu beauftragt.) Der Vorwurf der Rücksichtslosigkeit ist ein sehr schwerer Vorwurf und Dr. Coelsch hätte ihn nicht machen dürfen. Es ist ein großes Unrecht, wenn behauptet wird, der Hauptverband habe seine Sache nicht richtig gemacht. Es ist nötig, daß der Gau II eine andre Stellung einnimmt und erklärt, daß er im Unrecht ist. Wir sollten uns nicht zerfleischen.

L. C. R. O. I. Z., München: Ich hätte mich schon gefreut, daß hier eine Erklärung abgegeben werden sollte, denn ich glaubte, der Gau II habe eingesehen, daß er seine Stellung nicht aufrecht erhalten kann und wolle erklären, daß er den Tarif annimmt. Daß diese Erklärung aber ein Prozeß sein sollte, das haben wir nicht erwartet. Diese neueste Stänkeri... (Lebhaftes Cho! bei den Mitgliedern des Gau II) Die Worte scharf bezeichnend: Diese neueste Stänkeri (Wiederholtes lebhaftes Cho! beim Gau II) ist ein Auentat auf den Hauptverband. Dagegen müssen wir energisch protestieren. Ich darf wohl im Namen aller Mitglieder des Hauptverbandes gegen dieses Vorgehen des Gau II protestieren und muß bitten, daß man uns das Arbeiten im Hauptverbande nicht verleiht.

K. A. J.: Was zum Verzahren war Herr Dr. Coelsch der bezahlte Beamte des Gau II. Ein einmal wird er der zweite Vorsitzende. Das wurde er in einer Vorstandssitzung. Wir sehen, daß sich die Akademiker auch bei uns geltend machen....

Sämtliche Delegierte des Gau II mit Dr. Coelsch erklärten sich den Eiden und verließen bis auf zwei Mann demontarativ das Versammlungstotal.

Es ist bedauerlich, daß der Herr Doktor nicht den Rat hat, die Antwort zu hören auf die Angriffe, die er gestern hier auf den Hauptverbandsvorsitzenden gemacht hat.

B. K. I. I., Aachen: Herr Kollege Schulz hat von Unregelmäßigkeiten gesprochen. Dadurch, daß Sie alle so gehässig haben haben Sie der Sache des Gau II sehr geschadet. Dadurch haben Sie bewiesen, daß Sie für die Schmachungen des Gau II kein Verständnis haben. Man hat gestern hier den Gau II so verkannt, ohne ein Verständnis für sein Verhalten zu haben. Wir werden erklären, daß Herr Dr. Coelsch nicht für seine Person antworten hat, sondern durch in unserem Auftrag. Er hat nur aus sich selbst einen Akzent. Sie haben jedoch gestern als noch heute morgen Sitzungen abgehalten und haben Herrn Dr. Coelsch beauftragt, das zu tun, was er hier vorgebracht hat.

Als Herr Coelsch erklärte, werden auch wir den Hauptverband verlassen. Die beiden zurückgebliebenen Delegierten des Gau II werden mit dem Statut des Gau II so daß vom Gau II niemand mehr amtiert ist.

Arzt, Chemnitz: Wir müssen jetzt die Frage stellen: Sollen der Gau II ja oder nicht geben? Er hat ja nicht? Sollen wir uns denn drei Jahre mit diesem Gau II beschäftigen? Sollen wir denn zum Schaden der Gehilfen werden? Ein Nein, das nicht möglich, gehen nicht abgelehnt.

Der Gau II hat seine Arbeit in allen Ecken. Da er aber keine Entlastung bringt, wird man noch lange jagern. Dieser Gau II hat die Sache überhand in diesem Jahr. Die Stellung haben da sich der Arbeiter in den verschiedenen Gauen nicht zu entscheiden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Kampf um die Diskontpolitik. — Stellung der Reichsbank und Wünsche der Börse und des Unternehmertums.

Mit zunehmender Lebhaftigkeit hat sich zuletzt ein Kampf um die Diskontpolitik der Reichsbank entsponnen. Die verschiedenen Interessenströmungen, die dabei zutage treten, verlobnen ein näheres Eingehen auf die augenblickliche Gesamtlage des Geldmarktes.

Es ist bekannt, daß die Reichsbank seit längerer Zeit schon, vor allem seit ihrem Alarmruf vor fünf Jahren, die gefährliche übermäßige Inanspruchnahme des Kredits zu bekämpfen sucht, wie sie in Deutschland vor allem eingerissen ist. Diese Inanspruchnahme mag noch so sehr eine notwendige Folge der verhältnismäßig rascheren deutschen Wirtschaftsentwicklung sein, der ein dringenderer allseitiger Bedarf nach „fremden Geldern“ parallel laufen muß. Aber bedenklich bleibt diese außerordentliche Kreditanspannung, wie jeder allzu reichlich bemessene Ueberbau auf einem schmalen und in mancher Beziehung sogar unsicheren Fundament. Teils infolge alter politischer Beziehungen, teils infolge seines höheren Zinsfußes und seiner höheren Verzinsung von Einlagen, sah Deutschland lange Zeit seine Kreditgrundlage, seine Bankstärke ungewöhnlich stark mit ausländischen Geldern durchsetzt; Gelder, die bei politischen Krisen oft unerwartet rasch abfließen, ja deren plötzliche Zurückziehung sogar mehr und mehr zu einem wohlberechneten politischen Kampf- und Druckmittel des Auslandes geworden ist. Die Reichsbank suchte deshalb, nach mancherlei peinlichen Erfahrungen am eigenen Leibe und in der umgebenden Bankwelt, systematisch auf eine vorsichtigeren Geschäftsföhrung hinzuwirken: auf eine günstigere Liquidität, auf einen höheren Anteil der Bargeldbestände und der jederzeit flüssig zu machenden Werte bei den Großbanken, auf eine zurückdämmendere Diskontpolitik, eine reichlichere Goldversorgung und zähere Goldbehaltung bei den Notenbanken selber. Nicht nur die abweichendere Diskontpolitik, sondern auch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung, wie die stärkere Anweisung auf des Abrechnungsbuchrechts auf Noten und Kassenscheine statt auf Goldmünzen, gehörten zu dieser, viel energischer als früher im Auge gehaltenen „Goldaufsichtigung“ an den Bankzentren und vor allem bei der Zentrale aller Banken, der Reichsbank. Aber der Kreditbegehrt des Unternehmertums in Industrie und Handel such immer wieder diese neu errichteten Schranken zu durchbrechen und gegenwärtig ist wieder einmal eine wichtige Entscheidung, nach der einen oder andern Seite, nahe gerückt.

Die innere Festigung der Reichsbank hat erstlich zugenommen. Ihr Goldbestand überschreitet, was früher eine geradezu sensationelle Ausnahme bildete, seit Wochen in der Regel die erste Milliarde; am 15. September betrug er, bei einem gesamten Metallbestand von 1445 071 Mt., nicht weniger wie 1170 391 Mt. Die Deckung des Notenumlaufs durch Metall und Reichskassenscheine belief sich am gleichen Termin auf 81,1 Proz. gegen 77 Proz. in der gleichen Woche des Vorjahres. Alle Verbindlichkeiten (Notenumlauf und Depositen) waren durch Metall und Reichskassenscheine mit 58,2 Proz. gedeckt, gegen nur 51,4 Proz. in der gleichen Woche des Vorjahres. Stellt man dem Notenumlauf nur das Gold als Deckung gegenüber, so tritt die Wirkung der veränderten Bankpolitik und Gesetzgebung noch greifbarer zutage: begnügte man sich im Vorjahre mit einer Deckung von 55 Proz., so erreichte man diesmal 63 Proz. Aber auf ähnliche Verbesserungen kam es der Reichsbankleitung bei ihren Kammungen und Eingriffen jederzeit gerade an. Und obwohl sie ihren sechsprozentigen Wechseldiskontsatz, der nunmehr schon seit dem 6. November 1912 gilt, sicherlich nicht für eine Annehmlichkeit halten wird, so veripürt sie doch offenbar auch keinerlei Reigung, durch einen zu niedrig gegriffenen Diskontsatz das mühsam Erreichte von neuem zu gefährden. Sie behält sich das Recht vor, weiter zu bremsen, allerdings vorwiegend mit Rücksicht auf die speziellen Interessen der Notenbankpolitik.

Anderer die Mehrheit der Geschäftswelt, zurzeit mit den Vorkriegsvorfühern an der Spitze. Die Geschäftswelt, unter dem Eindruck des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges, lechzt förmlich nach einem belebenden Anstoß von außen, wie er in einer Krediterleichterung, die von einer starken Diskontermäßigung ausgehen könnte, zweifellos liegen würde. Die Börse versuchte auch den Staaten und dem Reiche einen Vorgehensmaß von den Vorteilen der Zinsentung zu geben. Eine dauernd hohe Verzinsungsmöglichkeit im allgemeinen Geschäftsverkehr entwertet, wie man weiß, jedesmal die fest und relativ niedrig verzinslichen Staatspapiere; ein niedriger Zinsfuß macht diese „festen Rentenwerte“ wieder annehmbarer, erhöht ihren Kurs. Gleichsam in Vorausnahme der geldflüssigeren Zukunft und zum Beweise für die alsdann weitaus günstigeren Ansichten des Staatskredits begann man mit einem Male in der zweiten Septemberwoche die Kurse der Staatsanleihen zu treiben. Das Schlagwort von einer Diskontermäßigung im Oktober, urteilt die „Frankf. Zig.“, wirkte ansteigend und führte prompt zu der gewünschten Aufwärtsbewegung, namentlich der heimischen Fonds. Während die dreiprozentige Reichsanleihe am 6. September noch 74 Proz. notierte, hatte sie nach zehn Tagen eine Steigerung auf 76,40 zu verzeichnen, eine Bewegung, die innerhalb so kurzer Zeit seit Jahren nicht mehr zu beobachten war.“ Alle nur denkbaren Erfahrungen wurden herangezogen, um die Bankleitung aus ihrer Zurückhaltung herauszubringen. So erschienen etwa zu gleicher Zeit, Mitte September, die deutschen Außenhandelsziffern für August. Daraus machte sich abermals, wie schon in den Vormonaten, ein hartes Anwachsen der Ausfuhr bemerkbar, während die Einfuhr dem Gewicht nach nur um ein geringes gestiegen, dem Werte nach sogar zurückgeblieben war. Um so mehr, argumentierte man, habe Deutschland vom Ausland zu fordern, um so weniger an das Ausland zu zahlen: um so weniger sei also, so weit die Barzahlschuldensituation in die Waagschale falle, der deutsche Geldmarkt zurzeit vom Ausland her bedroht.

Bei diesem Anstrome sind der Reichsbank nicht allzu viele Freunde geblieben. Aber eine ganze Reihe sachlicher Gründe werden wahrscheinlich der Reichsbank in ihrem Widerstreben zu Hilfe kommen. So dürfte die Bank von England gleichfalls an ihrem alten Satz (4 1/2 Proz.) festhalten: ihr Goldverrat hat sich zwar in den letzten Wochen gleichfalls gehoben, in sechs bis sieben Wochen um 70 bis 80 Millionen Mark, bei ungefäh-

gleichgebliebenen Verbindlichkeiten; aber die Goldvermehrung dürfte rasch an die Wertunfländer wieder abfließen: an Argentinien und Brasilien zur Finanzierung ihrer Ernten, vielleicht auch zur Vorbeugung und Milderung der dort sich ankündigenden Krisen. Mit großen Geld- und Anleihebedürfnissen sich auch die Vereinigten Staaten, Kegypten, die Balkanländer einfinden. Rehnliches gilt von Paris, das schon aus politischen Gründen den Balkanstaaten die offene Hand entgegenstrecken muß. Die Türkei soll nach den Angaben des Präsidenten der Republik 55-60 Millionen türkische Pfund beanspruchen. Serbien soll mit den französischen Großbanken eine in zwei Teilen zur Emission kommende fünfprozentige Anleihe in Höhe von 250 Millionen Frank vereinbart haben. Bulgarien rechnet auf annähernd 800 Millionen Frank, wovon man allerdings 300 Millionen durch eine innere Anleihe in Bulgarien aufzubringen hofft. Die griechische Zrsfahrt zwischen Berlin und Paris hängt offensichtlich mit Anleihschmerzen zusammen, nur daß Berlin dringendere Verwendungszwecke kennt. Dazu rückt der große Jahresabschluss heran und es wäre mehr als bloß inkonsequent, wenn man um einer vorübergehenden Erleichterung willen kurz vor Jahresluß, bei vielleicht wesentlich geschmälerter Metallgrundlage, in ein um so schärferes Anziehen der Diskontschraube zurückfallen wollte.

Behutsamvoll für den allgemeinen Geschäftsgang ist in der Tat nur eine dauernde Zinsermäßigung; und in erster Linie gilt dies gerade von den Rückwirkungen auf Gebiete, wie das Baugewerbe. Bergängliche Schwankungen dienen im wesentlichen nur der Spekulation, und es läßt sich daher verstehen, daß die Reichsbankleitung nicht jeder momentanen Anregung zu folgen gewillt ist, mag sie im Augenblick auch dazu in der Lage sein.

Mag Schippel.

Lohnbewegung.

Ladierer.

Apollo. Da in den Apollo-Werken noch nicht alle Ladierer eingestellt sind, wird vor Zugang gewarnt.

Chemnitz. Die hiesigen Prestowerke, Scheffelstraße 10, suchen im „Arbeitsmarkt“ Ladierer. Dieses Inferat kann den Anschein erwecken, als wenn die Firma recht nötig Leute gebraucht; dies trifft jedoch nicht zu, denn wie läme sonst die Firma dazu, jeden, der sich frant melbet, und wenn die Krankheit auch nur wenige Tage dauert, sofort zu entlassen, wie es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist. Der Zweck der Uebung dürfte ein ganz anderer sein. Vor einiger Zeit ist in diesem Betrieb die Akkordarbeit im Automobilbau eingeführt und feste Akkordpreise vereinbart worden. Es erweckt den Anschein, daß die Firma nach und nach ihre alten Ladierer entlassen will, dafür aber neue einstellt, um die Akkordpreise viel leichter reduzieren zu können. Wir ersuchen die hiesigen wie auswärtigen Kollegen, ehe sie Arbeit in den Prestowerken annehmen, sich vorher in unserm Bureau, Dresdnerstraße 38, zu erkundigen.

Frankfurt a. M. Seit 21. September stehen die Arbeiter der Firma Schneider & Raujols im Streit. Wohl selten ist von einem Unternehmer einseitigloser vorgegangen worden, wie hier. Die Ursachen dieses so sribol heraufbeschworbenen Kampfes sind schlechte Löhne, niedrige Akkorddienste und unschöne Behandlung. Schon vor einiger Zeit verlangte die Arbeiterkass die Einführung eines Tarifvertrages. Die Firma war damals lange nicht so mit Arbeit versehen, wie heute; sie teilte den Arbeitern mit, sie sollten jetzt von der Einführung eines Tarifes Abstand nehmen und versprochen, später, nach dem Umzug in die neue Fabrik in der Heßhöderstraße, wolle man an die Beratung und Einführung eines Tarifvertrages gehen. Die Arbeiter, welche sich damals unter besonderer Rücksichtnahme auf die Firma mit einer kleinen Lohnzulage zufrieden gaben, wurden bitter enttäuscht. Der Umzug ist vorbei, auch Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Die Arbeiter glauben, die Firma werde ihr gegebenes Versprechen halten. Aber weit gefehlt. Nichts wie Nebenarbeiten, fadenförmige Gründe wurden herborgesucht, um der Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Während man früher den Vertreter der Organisation mit zu den Verhandlungen heranzog, lehnt man das jetzt ab, ein Beweis dafür, daß man nicht gewillt war, den Arbeitern entgegenzukommen. Mit dem Arbeiterausschuß von drei Mann wurde verhandelt. Man fragte aber nicht wie. Drei Prinzipale, Ingenieure und Meister, alle mußten mithelfen, die drei armen Teufel mundtot zu machen. Als der Arbeiterausschuß im Auftrage der Arbeiterschaft versuchte, einen Organisationsbeamten hinzuzuziehen, da muß man wieder. „Es sind ja nicht alle Arbeiter in unserm Betriebe organisiert“, hieß es, ja, ja, das war einmal. Heute sind sie alle organisiert. Das scharfmacherische Vorgehen der Firma hat ihnen die Augen geöffnet. Sie haben den Kampf aufgenommen und werden ihn auch durchzuführen wissen. Man versucht nun, die Arbeiter anderswo machen zu lassen. Aber die Frankfurter Arbeiter werden im Bollbewußtseins ihrer Solidaritätspflicht jede Streitarbeit ablehnen. Da die Firma versucht, Arbeiter im Hause Heßhöderstr. 85 und Mainzlandstr. 216 zu engagieren, wird zur Vorsicht gemahnt.

Aus unserm Beruf.

Kollege Fr. Bartels, unser langjähriges Mitglied im Hamburg. Parteifreier und Bürgerchaftsmitglied, wurde durch Beschluß des Parteitages in Jena in den Parteivorstand nach Berlin berufen. Alle, die Kollege Bartels kennen gelernt haben, werden ihn ungern aus dem Ort seiner langjährigen Tätigkeit scheiden sehen. Nach seinem neuen, verantwortungsvollen Posten in der Partei begleiten ihn unsere besten Glückwünsche.

Spanbau. Einem Unglücksfall mit tödlichem Ausgang fiel am 13. September der Kollege R. Stieller zum Opfer, der bei der Firma Orenstein & Roppel beschäftigt war. Er befertigte Eisenbahnwagen aus; dabei ließ man, ohne darnach zu sehen, ob noch Leute an diesen Wagen tätig sind, rangieren. Als St., der etwas schwer hörte, dieses gewahrt wurde, wollte er noch unter

dem Wagen hervortreten, wurde aber von den Buffern erfasst, die ihm den Druck abdrückten, sodass der Tod bald darauf eintrat. Bei einiger Vorsicht hätte dieser Unfall vermieden werden können.

Suhl i. Th. Den Kollegen von Suhl und Umgegend diene zur gefälligen Kenntnisnahme, daß am Dienstag, den 7. Oktober, best. mit eine Versammlung stattfindet. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber müssen alle Kollegen erscheinen. U. a. wird ein Referat über die Bedeutung der Krankentafelwahlen gegeben. Die Wahlen sind bis Montag, den 13. Oktober, verschoben worden, folglich mußte auch die Versammlung für diesmal verlegt werden. Also, alle pünktlich 8 Uhr zur Stelle im Verkehrslokal der freien Gewerkschaften, „Dombergs Anstalt“. — Freibier. —

Aus Unternehmertreifeu.

Der Malerinnungsverband von Rheinland und Westfalen, der am 21. und 22. September 1913 in Pforzheim seine diesjährige Tagung abhielt, trat insofern bemerkenswert in Erscheinung, als man mit Recht von der Zusammenkunft des Arbeitgeberbundes der Maler und Anstreicher Rheinland und Westfalens sprechen kann. Man bedauerte denn auch allgemein, daß der Oberschlichter im Arbeitgeberverband verhindert sei, an den Verhandlungen des Innungsverbandes teilzunehmen. Wohl gemerkt, der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Anstreichermeister von Rheinland und Westfalen, dessen scharfmacherische Anschauungen zur Genüge bekannt sind, ist mit den Bestrebungen der Innungen dieser Gegend so eng liiert, daß man mit Bedauern seine Abwesenheit bemerkt.

Der in Düsseldorf erstattete den Geschäftsbericht. Er kam dabei auf die letzte Lohnbewegung und auf die Ausföhrung zu sprechen und betonte, daß im Anschluß an diese Bewegung ein starker Niedergang des Maler- und Anstreichererwerbes zu bemerken gewesen sei. Besonders sei ein erhebliches Sinken der Preise festzustellen. Aus dieser unangenehmen Lage könne das Gewerbe schließlich nur durch die Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung befreit werden. Der Redner warnte im Interesse der Handwerker vor einer Ueberspannung der sogenannten Jugendfürsorge. Die jungen Leute würden durch die sonntäglichen Veranstaltungen oft derart ermüdet, daß sie Montags nicht frisch ins Geschäft kämen. Ergänzend teilte der jetzige Schriftführer des Verbandes noch mit, daß dem letzteren gegenwärtig 1147 Mitglieder angehören.

Der Syndikus der Seltentüchener Handwerker, Dr. Lübbering, hielt einen Vortrag über die Aufgaben des Innungsverbandes und ihre Durchführung. Auf seinen Vorschlag nahm die Versammlung folgende Entschöpfung an:

„Der Verbandstag erklärt die Schaffung einer möglichen lidenlosen Innungsorganisation im Verbandsbezirk, die gründliche zielbewusste Aufklärungs- und Erziehungsarbeit seitens des Verbandes in den Innungen und insbesondere die Voraussetzung hierfür, die Einrichtung eines gut ausgestatteten Verwaltungsapparats, sei die dringendste Aufgabe des Verbandes. Der Verbandstag erkennt an, daß dies nur möglich ist, wenn entweder die Beiträge bedeutend erhöht werden oder eine Vereinigung oder Verschmelzung der beiden in unserem Bezirk vorhandenen Verbände vollzogen wird. Der Verbandstag erklärt die Aufgabe des Arbeitgeberverbandes seitens des Innungsverbandes als Teil seiner gesetzlichen Aufgaben zur Hebung des Standes übernommen wird, und beauftragt den Gau II, mit dem Arbeitgeberverbande in Verhandlungen einzutreten und dem nächsten Verbandstage praktische Vorschläge zu unterbreiten.“

Wie wenig der Verbandstag die direkten Innungsfragen sachlich zu behandeln gewillt war, geht daraus hervor, daß nach diesem Referat die enttäuschten Scharfmacher sich das allzusehr merken ließen. Man hatte offenbar erwartet, der Redner werde scharfmacherische Probleme zur event. Niederrümpelung der Gehilfenorganisationen lösen.

Der Bericht über „die letzte Lohnbewegung“ wurde von der Scharfmacher-Zentrale der Barmer Malerinnung gegeben. Der Bericht ließ an Objektivität alles zu wünschen übrig. Alles, was in der Arbeitgeberpresse zur Zeit der Lohnbewegung an Entstellungen, Unwahrheiten und Grobphrasereien zusammengeschrieben worden war, ist in diesem Bericht — wenn auch in kleinerer Form — wiedergegeben worden. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Berichtstatter: „Wir vom Gau II lehnen jetzt und für die Zukunft die Schiedssprüche ab!“ Eine Diskussion über diesen Bericht wußte der Vorsitzende des Verbandstages kurzerhand zu verhindern. Ja, mit solchen Personen müssen sich die anständigeren Zwangsinnungsmitglieder herumschlagen.

Der nächstjährige Verbandstag soll in Köln stattfinden. Der Verband wurde umgetauft in „Malerinnungsverband von Rheinland und Westfalen“. Die Bezeichnung „Anstreicher“ soll deswegen fallengelassen werden, weil man in andern Landesteilen gewohnt ist, durch diese Bezeichnung eine geringere Ausbildung zu kennzeichnen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Erfolgreicher Streik in der Nürnberger Pinselindustrie. Am 24. September ist in Nürnberg der Streik der Pinselmacher und Pinselmacherinnen beendet worden. Zwanzig Wochen lang mußten die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem äußerst hartnäckigen Unternehmertum um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen; besonders die kleinen Unternehmer machten Schwierigkeiten in den langwierigen, oft unterbrochenen und immer wieder aufgenommenen Verhandlungen. Hinter den Unternehmern standen die Herren Dr. Kippel, der Vorstand des Verbandes bairischer Industrieller, und Dr. Jahadrecher, der Sekretär dieses Verbandes, als die Scharfmacher, die alles anwandten, um die Unternehmer an ihrer Meinung nach zu weitgehenden Zugeständnissen zu hindern. Mit bewundernswerter Solidarität hielten die etwa 1850 Streikenden — darunter 1100 Arbeiterinnen — im Kampfe aus. Mit

etwa 150—160 Streikbrechern, die nicht aus den Kreisen der streikenden Arbeiter stammten, suchten die Unternehmer ihre Betriebe aufrechtzuerhalten und die Streikenden mürbe zu machen. Die Situation gestaltete sich für die Unternehmer von Woche zu Woche ungünstiger, bis sie schließlich in der 19. Woche mit größerem Ernst als bis dahin sich an den wiederholten Verhandlungen beteiligten.

Die wichtigste Bestimmung im Tarif, daß die Affordblöhne in allen Nürnberger Pinselabriken in Zukunft einheitlich festgesetzt werden müssen nach den durchschnittlichen Affordblöhnsätzen der größten Nürnberger Pinselabrik, ist erst in letzter Zeit auf das Betreiben der großen Unternehmer in den Vertrag aufgenommen worden, an Stelle der geforderten Mindestblöhne, die ganz besonders die kleinen Unternehmer bekämpft haben. Der Tarifvertrag bringt in der Pinselindustrie in Nürnberg vollständig neue Lohnverhältnisse, die mit manchen alten, rückständigen Zuständen radikal aufräumen werden. Der Tarifvertrag sieht u. a. vor: die 52stündige wöchentliche Arbeitszeit. Ueberstunden dürfen nur angefragt werden nach Verständigung mit einer von der Arbeiterchaft des Betriebes gewählten dreigliederigen Kommission. Als Ueberstunden gelten die ersten zwei Stunden nach der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit; weitere Ueberarbeit gilt als Nachtarbeit. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Proz., für Nachtarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 50 Proz. zu bezahlen, bei Afford- wie bei Lohnarbeit. Werden Arbeiter oder Arbeiterinnen von ihrer Affordarbeit fort zur Tagelohnarbeit verwendet, so ist ihnen ihr Durchschnitts-Affordlohn als Lohn anzurechnen. Der bisherige Lohnzuschlag von 16 2/3 Proz. wird auf 20 Proz. erhöht, vom 1. Januar 1915 ab auf 22 Proz., vom 1. Juli 1916 ab auf 24 Proz. Für alle Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ist, sofern diese eine Arbeit verrichten, die mit der direkten Fabrikation von Bürsten und Pinseln zusammenhängt, nach achtwöchiger Tätigkeit möglichst Affordarbeit einzuföhren. Wichtig ist die Bestimmung, daß zur Herbeiföhierung einheitlicher Lohnverhältnisse durch eine paritätische Kommission Einheits-Affordtarife aufgestellt werden. Als Einheits-Affordtarife gelten die Tarife, die die Vereinigten Pinselabriken — das ist die größte Fabrik der Branche mit den besten Durchschnittslohnsätzen — ausarbeiten. Diese Tarife gelten für alle andern Betriebe. Auf diese Affordsätze kommen noch die oben mitgeteilten Zuschläge. Auch sonst hat die paritätische Kommission in der Festsetzung der Arbeitsmethoden zc. erheblichen Einfluß erhalten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei nicht genügender Beschäftigung ist im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern des betreffenden Betriebes festzusetzen. Ferner wird für Streitfälle eine paritätische Kommission aus sechs Mitgliedern eingesetzt. Der Tarifvertrag ist gültig bis zum 15. Februar 1917. Ob vom Jahre 1915 ab der Vertrag bis 1919 verlängert wird, entscheiden die beiden Zentralverbände der Arbeiter und der Unternehmer. Auf die Heimarbeiter treffen alle einschlägigen Bestimmungen des Tarifses zu.

Die Fleischnot steigt. Die Aussichten für die Versorgung des deutschen Marktes mit Fleisch in den kommenden Monaten sind die denkbar schlechtesten. Wir sehen vor einer erneuten Verschärfung der Fleischnot. Bei den 40 deutschen Schlachtviehmärkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, ist das Angebot im Monat August 1913 im Vergleich zum Vorjahre wieder ganz beträchtlich zurückgegangen. Im August der Jahre 1910—1913 betrug nämlich der Auftrieb von Schlachtvieh an den genannten Märkten in Millionen Kilogramm:

	1910	1911	1912	1913
Rinder	30,46	26,07	25,09	25,25
Kälber	4,47	5,01	4,22	3,93
Schafe	2,66	2,10	2,61	2,49
Schweine	36,36	40,17	39,58	37,29
Insgesamt	73,96	73,35	71,50	68,96

Gegenüber dem Vorjahre, das doch auch schon im Zeichen der Fleischnot stand, hat sich das Angebot an den berückichtigten 40 Plätzen ganz bedeutend verringert. Es fehlte sich in den einzelnen Monaten auf Millionen Kilogramm:

	1912	1913	In- resp. Abnahme
Januar	81,51	67,39	- 14,12
Februar	72,45	63,26	- 9,19
März	76,52	71,72	- 4,80
April	75,32	71,14	- 4,18
Mai	74,77	70,12	- 4,65
Juni	70,05	70,94	+ 0,89
Juli	74,43	68,46	- 5,97
August	71,50	68,96	- 2,54

Mithin ist der Viehauftrieb an diesen Märkten im Laufe der ersten acht Monate 1913 von 596,55 Mill. Kg. auf 551,99 Mill. Kg. zurückgegangen. Will man angeht dieser recht bedenklichen Situation noch weiterhin alle ernsten Maßnahmen zur schleunigen Hebung der inländischen Fleischversorgung mit der spöttischen Phrase vom Fleischnotrummel abtun? Will man vielleicht warten, bis die Folgen der Unterernährung der breiten Volksschichten und der heute schon ganz offensichtlich vermindernden der Volkskraft äußern? Bei den Erneuerungsdebatten, die seit Jahren zum häßlichen Repertoire des Deutschen Reichstags gehören, wird man diesmal wiederum eine bedeutende Verschlechterung der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln konstatieren können. Welche fadenförmigen Ausflüchte haben die „verantwortlichen“ Stellen diesmal in petto?

Ein ernstes Wort an die Arbeiterkellern!

Wieder wollen wir uns heute an die Arbeiterkellern wenden, deren Löhner die Absicht haben, Stellung in häuslichen Diensten anzunehmen oder bereits als Hausangestellte beschäftigt sind, und sie bitten, diese Familienangehörigen auf den Verband der Hausangestellten aufmerksam zu machen. Wie bei der Gewinnung der als Heimarbeiterinnen beschäftigten weiblichen Personen für die gewerkschaftliche Organisation die Mithilfe der organisierten Arbeiter erforderlich ist, so können auch die als häusliche Dienstboten beschäftigten Arbeiterkellern

für die Arbeiterbewegung nur gewonnen werden, wenn die Familie hilfreiche Hand leistet. Für keinen Beruf aber ist die Organisation von größerer Wichtigkeit als für diesen.

Die jungen Dienstmädchen verlassen beim Austritt der Stellung nicht allein das Elternhaus, sondern oftmals auch die Heimat und stehen nun als unerfahrene junge Menschenkinder allein ihren gänzlich fremden Verhältnissen gegenüber. Es sind ihnen nicht nur die Lebensgewohnheiten der Familien unbekannt, bei denen sie Stellung finden, sondern auch die Ortsverhältnisse und Gebräuche. Zwar soll die Aufnahme in die Familie des Arbeitgebers die daraus entstehenden Schwierigkeiten beseitigen. Die Erfahrung lehrt aber zur Genüge, daß dies nicht der Fall ist. In den letzten Wochen ist wiederholt berichtet worden, wie manche Dienstgeber ihre Stellung den Mädchen gegenüber auffassen.

Es trifft nicht zu, daß die Mädchen in häuslichen Diensten gut daran sind und durch das Zusammenleben mit der Herrschaft besser dastehen als gewerbliche Arbeiterinnen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind während der Dauer des Arbeitsverhältnisses gänzlich dem Wohlwollen oder den Launen der Herrschaft preisgegeben, die sich sogar tätlich an ihnen vergreifen können. Zwar hebt das Bürgerliche Gesetzbuch das Züchtigungsrecht der Herrschaften formell auf, in der Praxis besteht es aber dennoch, weil nach der Gewerbeordnung die Mädchen sich nicht wehren dürfen, wenn jene sich Uebergriffe erlauben. Tun sie es oder verlassen sie den Dienst, dann haben die Herrschaften noch immer die Möglichkeit, durch schlechte Zeugnisse das Fortkommen der Mädchen zu erschweren.

Beachtung verdient hierbei, daß das Kost- und Logiswesen den sofortigen Stellenwechsel selbst da, wo er berechtigt ist, erheblich erschwert.

Vieler Mädchen haben nicht schon aus diesen Gründen in Verzweiflung unüberlegte Schritte begangen. Dabei ist die Arbeit der Hausangestellten schwer und der Arbeitsstag unbegrenzt. Kost und Behandlung stehen oftmals in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung. Daß die Schlafgelegenheiten miserabel und gesundheitsschädlich sind, ist viel zu bekannt, um durch Beispiele noch besonders bewiesen zu werden.

Bis jetzt aber sehen die Arbeiterkellern diesen Dingen noch immer ziemlich gleichgültig gegenüber, sonst müßten sie weit mehr als es geschieht, schon die jungen Mädchen, die neu in Stellung treten, auf die für Hausangestellte bestehende Organisation aufmerksam machen, die diesen den Schutz bietet, den die Familie den fern von ihr beschäftigten Familiengliedern nicht gewähren kann.

Der Hausangestelltenverband gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die in ihrer unmittelbaren Wirkung für die Mädchen größere Schädigung bedeuten, als die Mehrzahl der gewerblichen Streitigkeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen bringt, und versucht überall, die Schäden der privaten, gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu beseitigen. Er unterstützt die Mitglieder in Krankheitsfällen, und bietet ihnen Gelegenheit zu geselligen Zusammenkünften mit Kolleginnen. Dabei ist der Verband bestrebt, durch belehrende Vorträge die Mitglieder geistig zu heben und in ihnen Verständnis für die Bestrebungen der organisierten Arbeiterchaft zu erwecken. Hierdurch wird sicher erreicht werden, daß die Hausangestellten als spätere Arbeiterfrauen und Mütter die Pflichten erfüllen können, die Vorbedingung sind für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schon allein aus diesem Grunde hat die Arbeiterchaft ganz allgemein ein Interesse an der Förderung der Bestrebungen des Verbandes, die Eltern von Hausangestellten aber besonders aus den geschützten Verhältnissen heraus. Mögen sie deshalb ihre Töchter und Bekannten auf die Organisation der Hausangestellten aufmerksam machen und sie veranlassen, Mitglieder zu werden. Der Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens wiederholt bewiesen, daß den Hausangestellten aus der Mitgliedschaft nur Vorteile entstehen.

Die Adresse der Zentralstelle ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin S.O. 16, Engelauer 21, III, Vorsitzende Frau Luise Kähter.

Agarische Arbeitslosenfürsorge. Unter den Gründen, mit denen die Krautjunker jede Arbeitslosenfürsorge ablehnen, spielt das die wichtigste Rolle, wonach die Arbeitslosen, wenn sie nur arbeiten wollten, jederzeit in der Landwirtschaft Arbeit bekommen könnten. Noch kürzlich ließ sich die „Deutsche Tageszeitung“, das berückichtigte Organ des Bundes der Landwirte, in der brutalen Weise vernehmen:

„Gente bekammert man überhaupt zu viel von der „Proletariats“ Recht auf Arbeit, das mit ihm geboren“, aber über die Pflicht zur Arbeit schweigt man sich um so gründlicher aus. Krisen in der Industrie wird es immer geben. Aber eine prosperierende Landwirtschaft ist wiederum imstande, einen hohen Prozentsatz brachliegender Arbeitskräfte aufzunehmen, sofern diese nur den ernstlichen Willen zur Arbeit in sich tragen.

Hier aber liegt recht häufig der Knüppel beim Hund. Hinein in die Stadt — ja, das paßt recht vielen Elementen, aber wieder hinaus auf das Land, der Wechsel schmeckt ihnen nicht! Unsere modernen Sozialpolitiker finden den Zug des jungen Leute von den Dörfern nach den Industriezentren nicht nur begreiflich, sondern fördern ihn auch noch durch ein Duzend wirklicher und ein halb Hundert Scheingründe, aber keiner ist bis dahin ernstlich und praktisch dem Gedanken nahegetreten, den Rücklauf arbeitswilliger Arbeiterkellern nach dem Lande zu organisieren.“

Ungefähr zur gleichen Zeit mit dieser infamen Verhöhnung der Arbeitslosen brachte das Agrarierorgan eine kurze Mitteilung der Verwaltung des Berliner Apfels für Obdachlose, wonach zahlreiche Asylanten bereit seien, in der Landwirtschaft Arbeit zu nehmen. Jetzt widerruft nun aber das Bündlerblatt diese Notiz selbst, indem es schreibt:

„Wir hatten vor kurzem die Mitteilung der Leitung des Berliner Apfels für Obdachlose wiedergegeben, daß dort in letzter Zeit viele Arbeiter nachgigen, die bereit seien, sich der Landwirtschaft als Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Durch Zuschriften aus unserm Kreisreise erfahren wir, daß man diese einfache Mitteilung so aufgefaßt hat, als ob wir die Verwendung solcher Arbeitskräfte empfehlen wollten. Das lag uns völlig

fern, da wir genau wissen, daß man mit diesen Leuten in der Hauptsache recht schlimme Erfahrungen gemacht hat. Wir glauben aber die Bitte der Abhilfeleistung nicht von vornherein ablehnen zu sollen."

„Nun ist fordert man also die Organisation des „Rücklaufs arbeitswilliger Arbeitsloser nach dem Lande“ und verbannt die städtischen Arbeiter, die den agrarischen Vorkämpfern nicht folgen wollen, als eine Bande von Arbeitslosen und Faulenzer. Wird dann aber die Probe aufs Exempel gemacht und bieten sich die Arbeitslosen zur Arbeit auf dem Lande an, dann winkt man bestig ab unter Verweisung auf die „recht schlimmen Erfahrungen“, die man angeblich mit diesen Arbeitern gemacht hat. Damit zur Genüge bewiesen wird, daß das ganze agrarische Versteck nur dreiste Heuchelei ist. Den Herrschaften liegt gar nichts daran, städtische Arbeiter aufs Land zu erhalten. Die sind ihnen viel zu anspruchsvoll; die polnischen und russischen Wanderarbeiter sind viel billiger und gefügiger. Aber zur Hintertreibung jeder staatlichen Arbeitsfürsorge sind die Lebensarten gut genug.

Arbeiterversicherung.

Das Verfahren in der Angestelltenversicherung. Die Hauptleistungen der neuen Angestelltenversicherung treten bekanntlich erst nach zehn und mehr Jahren in Wirksamkeit. Bis dahin muß nur bezahlt werden. Inzwischen kommt man nur für bestimmte Fälle die Rückzahlung der geleisteten Beiträge und das Heilverfahren. Die Bestimmungen für Letztere sind ähnlich wie die einschlägigen Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kann, wenn sie will, eine Heilbehandlung in einer Heilanstalt usw. übernehmen, sofern ein Versicherter dort erkrankt ist, daß dauernde Erwerbsunfähigkeit zu erwarten ist, eine Heilung aber auch wahrscheinlich ist. Der Nachweis einer bestimmten Wartezeit, d. h. einer bestimmten Anzahl von Beiträgen, ist nicht erforderlich. Die neue Reichsversicherungsanstalt für Angestellte macht bekannt, daß sie die Heilverfahren in einem großen Umfange durchzuführen wolle. Das hatte zur Folge, daß auch viele entsprechende Anträge eingingen. Nun zeigte sich, daß sie der ganzen Sache nicht gewachsen war. Die Anträge blieben zunächst liegen. Erst am 20. April d. J. begann die Anstalt ihre Tätigkeit auf dem Gebiete. Bis Mitte Juli d. J. sind insgesamt 407 Anträge auf ein Heilverfahren eingegangen, davon 262 von männlichen und 147 von weiblichen Versicherten. Von diesen Anträgen wurden bis zu dem gedachten Zeitpunkt 258, also die rechte Hälfte, erledigt. 265 hiervon wurden abgelehnt, 89 zurückgezogen, die übrigen genehmigt. Mitte Juli befanden sich 527 Versicherte in Augenheilanstalten, 417 in Sanatorien, 637 in Bädern, 12 in Kranienheilanstalten; weitere 247 fanden in Behandlung wegen Zahneiden (Beschaffung eines künstlichen Gebisses). — Diese Leistungen mögen sich ganz ansehnlich ausnehmen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch etwa zwei Millionen Versicherte in Frage kommen. Die Invalidenversicherungsanstalten haben im Jahre 1911 insgesamt 12603 Heilverfahren durchgeführt. Sie boten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre Unterstützung und ein gemeinsames Durchführen der Heilbehandlungen an, was aber die Angestelltenanstalt ablehnte.

Die Auflösung der Gemeinde-Krankenversicherungen und die Errichtung der Landkrankenstellen. Entsprechend den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der einschlägigen behördlichen Anordnungen werden mit dem 31. Dezember 1913 sämtliche Gemeindekrankenversicherungen aufgelöst. Am Schlusse des Jahres 1912 befanden sich 820 solcher Versicherungen mit rund 49000 Versicherten. Die Gemeindekrankenversicherungen sind die rüchständigen Träger der Krankenfürsorge; gewahren sie doch, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal Wohnortfürsorge und Sterbegelder. Bei der Verwaltung der Gemeindekrankenversicherung haben die Versicherten nichts zu sagen; diese liegt vollständig in der Hand des Gemeindevorstandes. Man braucht also diesen Versicherungsinstituten keine Träne nachzuweinen. Leider dürfte aber auch nach dem Verschwinden der Gemeindekrankenstellen für die Versicherten, die ihnen angehören, nicht die gewünschte Besserung eintreten. Nur ein Teil wird den neugegründeten allgemeinen Krankenkassen zugewiesen werden. Für die große Mehrzahl der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, der Dienboten und der Hausgewerbetreibenden, werden ja die Landkrankenstellen errichtet. In Baden, Württemberg und Bayern werden allerdings überhaupt keine und in Preußen und Sachsen nur wenige solche Kassen gegründet, in Preußen aber fast überall da, wo Gemeindekrankenversicherungen bestanden. Die Landkrankenstellen haben auch geringere Mittel als die anderen Kassen. Sie müssen zwar einen besonderen Vorstand und auch einen Aufsichtsrat haben, aber die Mitglieder dieser Organe werden von der Gemeinde ernannt; die Versicherten haben also auch keinen Einfluß auf die Verwaltung. Die Landkrankenstellen sind daher nicht viel besser als die Gemeindekrankenstellen. Die Leistungen (Leistungen) der Landkrankenstellen werden in den Landkreisen von den Kreisrägen, in den Städten und einzelnen Gemeinden von den Gemeindevorständen aufgebracht. Die Kreisrägen sollen auch die Träger der Krankenfürsorge wählen. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind die Versicherten nach Ermessung der Regierung möglichst bald nach jederseits in die neuen Krankenkassen zu versetzen. Die Landkrankenstellen sind im Oktober 1913 mit der Errichtung der neuen Krankenkassen aufgelöst. Die Mitglieder der Landkrankenstellen sind im Oktober 1913 mit der Errichtung der neuen Krankenkassen in die neuen Krankenkassen zu versetzen. Die Mitglieder der Landkrankenstellen sind im Oktober 1913 mit der Errichtung der neuen Krankenkassen in die neuen Krankenkassen zu versetzen.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Ergebnisse über den Wert der Bismutuntersuchung bei Bleierkrankungen und deren praktische Bedeutung. Die Ergebnisse der Bismutuntersuchung bei Bleierkrankungen sind im Bericht des Reichsversicherungsamtes für 1912 veröffentlicht worden. Die Bismutuntersuchung ist ein wertvolles Hilfsmittel zur Diagnose von Bleierkrankungen. Sie ermöglicht es, die Bleibelastung im Körper zu messen und so die Schwere der Erkrankung zu beurteilen. Die Untersuchung ist besonders bei chronischen Bleierkrankungen von großer Bedeutung, da sie die Notwendigkeit einer Behandlung feststellen kann. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bleibelastung bei Bleierkrankungen oft erheblich erhöht ist, was auf eine fortgeschrittene Erkrankung hinweist. Dies unterstreicht die Wichtigkeit der Bismutuntersuchung als diagnostisches Werkzeug in der Medizin.

welchlichen Zeichen der Bleierkrankung wird erwähnt, daß das Gebiß außerordentlich oft in schlechtem, meist trostlosem Zustande war. Im Anschluß an die klinische Untersuchung fand regelmäßig die hämatologische statt, zunächst die Hämoglobin-Bestimmung. Tatsächlich Blei-krankte hatten fast regelmäßig unternormalen Hb-Befund. Auf Grund der ausführlich beschriebenen Untersuchungen kommt Schönfeld zu dem Ergebnis, daß am meisten der Bleierkrankung ausgesetzt sind:

- 1. Arbeiter in Buderräumen (Buntdruck); 2. Schriftgießer; 3. Arbeiter in Farbenfabriken; 4. Maler; 5. Galvanoplastiker; 6. Buchdrucker; 7. Feilenhauer, Metallschleifer, Stereotypen- und Retoucheure sowie ähnliche Berufe; 8. Schriftsetzer. Bei den letzteren ist festgestellt worden, daß die 20 positiv gefundenen meist nur sehr schwach positiv bleikrank befunden wurden.

Wesentlichwert ist nach der Schönfeldschen Statistik das Schicksal der arbeitenden Frauen und Mädchen in den Buderräumen der Buntdruckanstalten. 90 v. H. sämtlicher Erwerbsfähigen waren tatsächlich blei-krank, zum größten Teil schwer. Auf Grund dieser hohen Erkrankungsstatistik untersuchte Schönfeld auch die erwerbsfähigen Arbeiterinnen zweier Firmen, die den Hauptteil der blei-kranken Arbeiterinnen stellen. Von 35 untersuchten Arbeiterinnen waren 30 blei-krank, davon 14 schwer; 19 gehörten der einen, 16 der andern Firma an. Von den 19 Arbeiterinnen der einen Firma, die sämtlich blei-krank waren, waren auch diejenigen blei-krank, die nicht direkt im Buderraum beschäftigt waren, sondern als An- und Auslegerinnen im Maschinenraum tätig waren. Von den 16 Arbeiterinnen der zweiten Firma waren 11 positiv blei-krank, 5 negativ. Der Nachweis der Blei-krankheit an diesen größtenteils jugendlichen Personen (16—35 Jahren) war ausschließlich durch die Blutuntersuchung möglich, da die Kranken so gut wie keinen klinischen Befund boten. Die meisten klagten über Beschwerden des Magens und Darmes; 6 klagten sich beschwerdefrei.

Die Kontrolluntersuchungen eröffnen, wie der Verfasser betont, der Therapie einen sicheren Weg; möglichst sofortige Entfernung der Erkrankten aus Bleiwirkung. Besserung erfolgt um so eher auch in den akuten Fällen, je früher ein Kranker außer Bleiwirkung kommt. Dies nachzuweisen sei ein großer Triumph der Blutuntersuchung. Durch die Blutuntersuchung ist es weiter möglich, schon sehr frühzeitig die Diagnose der Bleivergiftung zu stellen; wenn noch jedes andre klinische Zeichen fehlt und keine Beschwerden bestanden, konnten bei Arbeiterinnen, die erst zwei bis drei Wochen in Bleitätigkeit waren, schon Blutveränderungen nachgewiesen werden.

Auch für die Feststellung der sog. Bleihysteriker, d. h. Kranke, die trotz der ärztlichen Diagnose nicht als blei-krank befunden wurden, spielt die Blutuntersuchung eine wesentliche Rolle. Hauptächlich handelt es sich um Schriftsetzer. Schönfeld erwähnt besonders, daß nach der Blutuntersuchung ein Widerspruch gegen das vom untersuchenden Vertrauensarzte gegebene Gutachten seines Wissens nie erfolgt sei. Kesselnagel, der sonst wegen der Unfähigkeit der Diagnose Wochen und Monate lang erwerbsunfähig blieben, konnten, falls sie nicht an anderen Krankheiten litten, aus der Fürsorge der Krankenkasse entlassen werden. Auf Grund der Blutuntersuchung könne jenseit erwartet werden, daß die Statistik der Morbidität der Bleiarbeiter eine andre werden würde und werden müsse wie bisher.

Das Ergebnis seiner Beobachtungen faßt Dr. Schönfeld dahin zusammen: 1. daß es durch die hämatologische Untersuchung gelingt, die Blei-kranken schon im ersten Stadium ihrer Erkrankung herauszufinden; 2. daß, abgesehen vom Befund der basophilen Körnung, auch reichliche metachromatische rote Blutkörperchen bei Arbeitern aus Bleivergiftungen auf bestehende Blei-krankheit hinweisen; 3. daß man für die tatsächlich Blei-kranken sofort therapeutische Maßnahmen treffen kann, und 4. daß man durch die hämatologische Kontrolluntersuchung fortwährend den Krankheitszustand der tatsächlich Blei-kranken beurteilen kann.

Dom Ausland.

Oesterreich.

Wien. Die Metallarbeiter aller Fabriken stehen im Lohnkampf. Zuzug ist fernzuhalten.

Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt.

In Lubenburg sind die Köchsen in einen Streit eingetreten.

Bosnien.

Sarajewo ist für Maler und Anstreicher gesperrt, da in einigen Werkstätten Differenzen ausgebrochen sind.

Neue internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Am 16. September begann im neuen „Volkshaus“ der Züricher Arbeiterkammer die achte internationale Gewerkschaftskonferenz. Duggler, der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, leitete in seiner Eröffnungsrede, daß die Schweizer Arbeiterkammer besonders stolz darauf sei, diese wichtige aller Tagungen beherbergen zu können. Seit den Kongressen der alten Internationalen, in Basel und Genf, haben ähnlich wichtige Zusammenkünfte der Arbeiter aller Länder in der Schweiz nicht stattgefunden. Allerdings sind wir in einem kleinen Lande und können nicht alles bieten, das man in Ländern mit großen und reichen Organisationen bieten könnte. Immerhin werden Sie, die Sie ja fast alle an unserer Gewerkschaftskonferenz teilnehmen, beobachten haben, daß auch hier die Bewegung im Gange ist und daß sie mit Stolz auf ihre Erfolge blicken kann. Gewiß können die kleinen Länder manche großen Probleme nur mit Hilfe der Internationalen lösen und daher erzieht uns doppelt der Bericht des Internationalen Sekretärs Legien, der einen prächtigen Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern feststellt. Innerhalb weniger Jahre ist die Zahl der organisierten Arbeiter von sechs auf mehr als zehn Millionen gewachsen. Wir sind überzeugt, daß die Bewegung eines jeden Landes in dem Maße an dem Ansehen der Internationalen teilhaben wird, als es uns gelingt, das gegenwärtige Verständnis und damit das internationale Zusammenarbeiten zu verbessern.

Legien, Internationaler Sekretär, gab eine Reihe von Erläuterungen zum gedruckten Bericht: Es sind 17 angeschlossene Landeszentralen durch 23 Delegierte vertreten. Ferner haben das parlamentarische Komitee des britischen Gewerkschaftskongresses sowie die „weithergige“ Gruppe der bulgarischen Gewerkschaften je einen Vertreter entsandt, die als Gäste an der Konferenz teilnehmen. Von den angeschlossenen Ländern sind nur Serbien und Rumänien infolge des durch den Krieg geschaffenen Ausnahmezustandes nicht vertreten. Als Gäste nahmen an dieser Konferenz auch noch 25 internationale Berufssekretäre teil. Soeben hat auch der Gewerkschaftsbund in Transvaal den Beitritt erklärt und es ist zu hoffen, daß auch in absehbarer Zeit die Gewerkschaften Australiens zum Anschluß bewogen werden können. Sechs internationale Unterstützungsaktionen sind in den letzten zwei Jahren durch das internationale Sekretariat unternommen worden, und zwar für die englischen Dockarbeiter, für die Aussperrung in Norwegen, für den Wiederaufbau der Organisationen in Serbien und Bulgarien, für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland, für den belgischen Generalstreik und für die italienischen Gewerkschaften. Nur die für Serbien und Bulgarien gesammelten Gelder konnten ihrer Bestimmung bisher nicht zugeführt werden.

Hueber, Oesterreich, schlug vor, daß Legien mit den Sekretären der kroatischen und der bosnischen Landeszentrale nach Belgrad und Sofia reise, um nach eigener Information eine Entscheidung treffen zu können.

Nach längerer Diskussion wurde vereinbart, daß anlässlich des österreichischen Gewerkschaftskongresses am 6. Oktober d. J. in Wien eine Konferenz mit allen Beteiligten stattfinden, um eine Lösung dieser Frage zu finden.

In der Nachmittags Sitzung stellten die Vertreter der einzelnen Länder dem Sekretariat und den angeschlossenen Organisationen den Dank für die geleistete Arbeit und für die ihnen gewährte finanzielle Hilfe ab. Es wurde dabei von vielen Seiten bemängelt, daß die Franzosen, Engländer und auch die Amerikaner sich an Diskussionen finanziell nicht beteiligten. Die Engländer erklärten, daß trotz aller Schwierigkeiten ihrer insularen Bewegung das Verständnis für internationale Bewegungen wachse und dadurch werde auch dieser Mangel mit der Zeit verschwinden. Der amerikanische Delegierte macht da auf aufmerksam, daß die amerikanischen Gewerkschaften erst neu angeschlossenen sind, und gewöhnlich die Bewegungen schon beendet sind, wenn solche Anrufe drüben bekannt werden. Jedenfalls aber werde es auch bei ihnen auf diesem Gebiet anders werden. — Auf die Anregung Hollands soll das internationale Sekretariat in Zukunft bei Fragen von internationaler Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung, z. B. zu internationalen Heimarbeit, Arbeitslosigkeit, Kongressen usw., Materialien sammeln und den Landeszentralen zwecks einheitlicher Stellungnahme dazu Anweisung geben. Nachdem noch besonders gerügt worden war, daß die französische Zentrale mit ihren Beiträgen im Rückstande ist, wurde auf Anregung Leipzigs festgestellt, daß nach wie vor Unterstützungsgelände zunächst an die eigene Landeszentrale, dann ev. an das betreffende internationale Berufssekretariat und erst dann, wenn deren Eingreifen nicht genügt, durch die betreffende Landeszentrale an das internationale Gewerkschaftssekretariat zu richten sind. Darauf wurde dem Sekretär Decharge erteilt und für die verfloßene Berichtsperiode eine Entschädigung von 600 Mk. bewilligt.

In der weiteren Verhandlung wurde ein Antrag Rumäniens diskutiert, wonach nur solche Gewerkschaften den internationalen Berufssekretariaten angehören dürfen, die ihrer eigenen Landeszentrale angeschlossen sind. Alle Redner erklärten sich im Prinzip für den Antrag, in Anbetracht der Verhältnisse in vielen Ländern sei er jedoch zurzeit praktisch nicht durchführbar. Schließlich einigte man sich dahin, spätere Beschlüsse, welche den Gewerkschaften den Anschluß an die heimatische Bewegung sowie an die Berufsinternationale zur dringenden Pflicht machen, zu erneuern. Dadurch erledigt sich der rumänische Antrag.

Der Antrag des Internationalen Sekretariats, zur Herausgabe der internationalen Gewerkschafts-Korrespondenz, die jetzt schon in drei Sprachen erscheint, den Beitrag für je 1000 Mitglieder auf 4 Mk. jährlich zu erhöhen, wird einstimmig angenommen.

Die Franzosen wiederholten ihren Antrag auf Veranstaltung internationaler Arbeiterkongresse. Hueber, Wien, wünscht über diesen Demonstrationsantrag kurzerhand zur Tagesordnung überzugehen. Legien sprach ebenfalls für glatte Ablehnung des Antrages. Auf internationalen Gewerkschaftskongressen könnten nur allgemeine Fragen erörtert werden. Das würde eine leere Demonstration bedeuten. Das aber wollten die Gewerkschaften nicht, sondern sie wollten praktische Arbeit leisten.

Ein Vorschlag des amerikanischen Delegierten, die Bezeichnung „Internationaler Sekretariat“ durch „Internationale Gewerkschaftsbund“ zu ersetzen, wurde angenommen. Von Amerika wurde beantragt: die internationale Konferenz soll den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer internationalen Arbeiterföderation empfehlen, wobei die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung jedes Landes garantiert bleibt. Der Zweck der Föderation soll sein, den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder, Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität. Hueber, Wien, bezeichnete diesen Antrag als den der Franzosen ähnlich und beantragt Übergang zur Tagesordnung. Legien schlägt vor, durch Umfrage bei den einzelnen Landeszentralen diesen Antrag zu erledigen. Damit wurde der genannte französische Antrag ebenfalls für erledigt erklärt.

Die Konferenz nimmt eine Protestresolution gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die französische Regierung einstimmig an.

Darauf referierte ein schwedischer Delegierter über: „Maßregeln zur Abschaffung der Nachtarbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentages“. In einer von ihm geleiteten Resolution ersucht die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, Anträge einzubringen resp. zu eracieren, die ein Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige verlangen, in denen nicht dringende Umstände eine Nachtarbeit notwendig machen; gleichfalls

folten Anträge auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages eingereicht werden. Die angeschlossenen Landesorganisationen werden verpflichtet, in ihren Jahresberichten an das internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen zu liefern, um einen Überblick zu gewinnen, welchen Erfolg diese Anträge in den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder gehabt hatten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Delegierten verlangen die Gründung von Informationsbüros in allen Ländern und ihre internationale Organisation. Es handelt sich um Informationsbüros über die Geschäftsgänge und die Finanzlage der Industrie und der Handelsgesellschaften. In Brüssel ist ein solches Bureau bereits eingerichtet, das gut arbeitet und wertvolle Dienste leistet. Die Konferenz überwiegt diese Anregung dem Sekretariat und beauftragt es, auf der nächsten Konferenz darüber zu berichten.

Legien wurde wieder zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Er nimmt die Wahl mit Dank an und bemerkt zugleich, daß durch diese Wahl die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehre durch die internationalen Gewerkschaften erhalte.

Die Konferenz beauftragte den Vorsitzenden Suggler, auf dem Grabe August Bebel's, des großen Kämpfers für die internationale Solidarität, einen Kranz niederzulegen.

Am dritten und letzten Verhandlungstage verhandelte die Konferenz gemeinsam mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate die Frage: „Was können die Landeszentralen tun, um den Anschluß ihrer Organisationen an die internationalen Berufssekretariate zu fördern?“ Der Antragsteller Roth (Dachbinder) und eine große Reihe anderer Redner wiesen auf die Schwierigkeiten hin, mit den Gewerkschaften in England und Amerika in bessere Verbindung zu kommen. — Kochade (Transportarbeiter) und Shaw (Textilarbeiter) meinten, daß es zur Förderung der internationalen Beziehungen vor allem notwendig sei, die gegenseitigen Organisationsverhältnisse und -einrichtungen besser kennen zu lernen, was besonders durch einwandfreie Übersetzungen der Publikationen, etwa durch die Zentralisation der Übersetzungen im Internationalen Sekretariat erreicht werden könnte. Die bisher nur provisorische Einrichtung der Übersetzungen im Sekretariat habe jetzt schon bedeutend besser gewirkt; sie soll ausgebaut werden. — Leypart (Holzarbeiter) wünscht, daß die Landeszentralen ihre Organisationen mehr auf die Bedeutung der internationalen Berufsverbände aufmerksam machen und sie zum Anschluß an diese bewegen sollten. Die englischen und amerikanischen Delegierten sagen dies zu, meinen aber, es müsse auch Pflicht der Berufssekretariate sein, dahin zu wirken, daß die ihnen angehörenden Verbände sich auch mindestens der Arbeiterbewegung des eigenen Landes anschließen. In einzelnen Fällen sei nämlich schon die Tendenz hervorgetreten, sich von der heimatischen Gesamtarbeiterbewegung fernzuhalten in der Annahme, daß der Schutz der Berufs-Internationalen genüge und auch, weil er billiger ist. — Ein Antrag Shaw's, der eine engere Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten, sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Übersetzungsabteilung im Internationalen Sekretariat für erforderlich erachtet, wird einstimmig gutgeheißen. — Paris (Verstümmelte Staaten) wiederholt im Auftrage des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sowie der Ausstellungsbehörde der Weltausstellung zur Feier der Vollendung des Panamakanals die schon in Budapest überreichte dringende Einladung, die nächste Konferenz in San Francisco abzuhalten, sei besonders deshalb angebracht, um den Vertretern der europäischen Arbeiter einen Einblick in die amerikanischen Arbeits- und Organisationsverhältnisse zu gestatten. Holland und Belgien beantragen, die Konferenz in Amsterdam bzw. Brüssel abzuhalten. Hueber, Wien, wendet sich wegen der materiellen Schwierigkeiten gegen die amerikanische Einladung. Legien befürwortet auf Grund seiner eigenen Erfahrungen diese Einladung. Allerdings müsse dann auch beschlossen werden — die deutsche Generalkommission und die amerikanische Gewerkschaftszentrale, die beiden größten Zentralen, haben dem schon zugestimmt — die Delegationskosten im Umlageverfahren zu decken, damit auch den kleinsten Ländern die Beteiligung ermöglicht werde. Es werde dazu — eine sechswöchige Reise in Anrechnung gesetzt — ein Extrabeitrag von rund 4 Mk. pro tausend Mitglieder erforderlich sein. In San Francisco werde die Konferenz im Anschluß an den amerikanischen Gewerkschaftskongress tagen, zu einer Zeit, wo dort auch fast alle amerikanischen Gewerkschaften ihre Einzelverbandstage abhalten. Es biete dies den ausländischen Teilnehmern also eine ausgezeichnete Gelegenheit zu Studien und zur Aufknüpfung besserer persönlicher Verbindungen. Uebrigens dürfe das internationale Sekretariat bei der Feier der größten technischen Errungenschaft dieses Jahrhunderts nicht fehlen. Nach längerer Debatte stimmten England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Schweiz, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten für die Annahme der amerikanischen Einladung und für den vorgeschlagenen Extrabeitrag; Frankreich, Belgien, Holland, Österreich, Bosnien, Ungarn und Kroatien stimmten dagegen, sodas mit zehn gegen sieben Stimmen beschlossen ist, die nächste Konferenz in San Francisco abzuhalten.

Am dritten und letzten Verhandlungstage verhandelte die Konferenz gemeinsam mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate die Frage: „Was können die Landeszentralen tun, um den Anschluß ihrer Organisationen an die internationalen Berufssekretariate zu fördern?“ Der Antragsteller Roth (Dachbinder) und eine große Reihe anderer Redner wiesen auf die Schwierigkeiten hin, mit den Gewerkschaften in England und Amerika in bessere Verbindung zu kommen. — Kochade (Transportarbeiter) und Shaw (Textilarbeiter) meinten, daß es zur Förderung der internationalen Beziehungen vor allem notwendig sei, die gegenseitigen Organisationsverhältnisse und -einrichtungen besser kennen zu lernen, was besonders durch einwandfreie Übersetzungen der Publikationen, etwa durch die Zentralisation der Übersetzungen im Internationalen Sekretariat erreicht werden könnte. Die bisher nur provisorische Einrichtung der Übersetzungen im Sekretariat habe jetzt schon bedeutend besser gewirkt; sie soll ausgebaut werden. — Leypart (Holzarbeiter) wünscht, daß die Landeszentralen ihre Organisationen mehr auf die Bedeutung der internationalen Berufsverbände aufmerksam machen und sie zum Anschluß an diese bewegen sollten. Die englischen und amerikanischen Delegierten sagen dies zu, meinen aber, es müsse auch Pflicht der Berufssekretariate sein, dahin zu wirken, daß die ihnen angehörenden Verbände sich auch mindestens der Arbeiterbewegung des eigenen Landes anschließen. In einzelnen Fällen sei nämlich schon die Tendenz hervorgetreten, sich von der heimatischen Gesamtarbeiterbewegung fernzuhalten in der Annahme, daß der Schutz der Berufs-Internationalen genüge und auch, weil er billiger ist. — Ein Antrag Shaw's, der eine engere Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten, sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Übersetzungsabteilung im Internationalen Sekretariat für erforderlich erachtet, wird einstimmig gutgeheißen. — Paris (Verstümmelte Staaten) wiederholt im Auftrage des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sowie der Ausstellungsbehörde der Weltausstellung zur Feier der Vollendung des Panamakanals die schon in Budapest überreichte dringende Einladung, die nächste Konferenz in San Francisco abzuhalten, sei besonders deshalb angebracht, um den Vertretern der europäischen Arbeiter einen Einblick in die amerikanischen Arbeits- und Organisationsverhältnisse zu gestatten. Holland und Belgien beantragen, die Konferenz in Amsterdam bzw. Brüssel abzuhalten. Hueber, Wien, wendet sich wegen der materiellen Schwierigkeiten gegen die amerikanische Einladung. Legien befürwortet auf Grund seiner eigenen Erfahrungen diese Einladung. Allerdings müsse dann auch beschlossen werden — die deutsche Generalkommission und die amerikanische Gewerkschaftszentrale, die beiden größten Zentralen, haben dem schon zugestimmt — die Delegationskosten im Umlageverfahren zu decken, damit auch den kleinsten Ländern die Beteiligung ermöglicht werde. Es werde dazu — eine sechswöchige Reise in Anrechnung gesetzt — ein Extrabeitrag von rund 4 Mk. pro tausend Mitglieder erforderlich sein. In San Francisco werde die Konferenz im Anschluß an den amerikanischen Gewerkschaftskongress tagen, zu einer Zeit, wo dort auch fast alle amerikanischen Gewerkschaften ihre Einzelverbandstage abhalten. Es biete dies den ausländischen Teilnehmern also eine ausgezeichnete Gelegenheit zu Studien und zur Aufknüpfung besserer persönlicher Verbindungen. Uebrigens dürfe das internationale Sekretariat bei der Feier der größten technischen Errungenschaft dieses Jahrhunderts nicht fehlen. Nach längerer Debatte stimmten England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Schweiz, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten für die Annahme der amerikanischen Einladung und für den vorgeschlagenen Extrabeitrag; Frankreich, Belgien, Holland, Österreich, Bosnien, Ungarn und Kroatien stimmten dagegen, sodas mit zehn gegen sieben Stimmen beschlossen ist, die nächste Konferenz in San Francisco abzuhalten.

Die erste Konferenz der Internationalen Berufssekretariate fand in Zürich am 19. September, gleich nach Schluß der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, statt. An der Konferenz nahmen teil: A. Roth, Berlin, für das internationale Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe (rund 100 000 Mitglieder); O. Almann, Hamburg, für die Internationale der Bäcker (67 000); Fr. Paslow, Hamburg, für die Bauarbeiter (485 000); Otto Süss, Essen und Smilke, England, für die Bergarbeiter (1 225 000); M. Ebel, Berlin, für die Brauereiarbeiter (131 000); S. Klotz, Berlin, für die Buchbinder (30 000); B. Stantner, Stuttgart, für die Buchdrucker (140 000); F. Ehorn, Berlin, für die Freiergehilfen (4500); S. Girbig, Berlin, für die Glasarbeiter (43 000); Th. Leypart, Berlin, für die Holzarbeiter (350 000); A. Reichert, Altenburg, für die Hutarbeiter (30 000); S. Wollmann, Charlottenburg, für die Keramischen Arbeiter (30 000); Finnen, Amsterdam, für die Handlungsgesellen (65 000); A. Siller, Berlin, für

die Lithographen (34 000); A. Tobler, Hamburg, für die Maler (72 642); A. Schilde, Stuttgart, für die Metallarbeiter (über eine Million); F. Sassenbach, Berlin, für die Satirer (18 000); J. Simon, Nürnberg, für die Schuhmacher (104 000); A. Koll, Zürich, für die Steinarbeiter (75 000); A. Knoll, Berlin, für die Steinseher (553 000); Deichmann, Bremen, für die Tabalarbeiter (62 000); H. Jochade, Berlin, für die Transportarbeiter (860 000); A. Brunfel, Berlin, für die Töpfer (17 000); F. Schrader, Hamburg, für die Zimmerer (85 000). Insgesamt sind das 5,6 Millionen der Berufsinternationalen angeschlossene Arbeitervertreter. Nur die internationalen Sekretariate der Diamantarbeiter, Fleischer, Gastwirte, Gehtissen, Kürschner und Schneider sind nicht vertreten. Dagegen nehmen die Vertreter der Landeszentralen an der Konferenz als Gäste teil. Nachdem Legien, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Konferenz eröffnet hatte, wurde Schilde (Metallarbeiter) zum Verhandlungsleiter bestimmt. Auf der Tagungsordnung der Konferenz stehen nur noch die Punkte: „Vereinheitlichung der Berichterstattung“ und „Vereinheitlichung der internationalen Gewerkschaftsstatistik“, da der weiter vorgesehene Punkt betr. Anschluß an die Berufssekretariate schon durch die vorhergehende Konferenz der Landeszentralen erledigt worden war. Nach einem einleitenden Referat von Baumeister (Internationaler Sekretariat) wird von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Bergarbeitern wird besonders eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entspinnt sich über ein statistisches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Verbände ermöglichen soll. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das vorgelegte Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationalen Verwendung findet, gar zu umfangreich sei. Man einigt sich schließlich dahin, daß eine statistische Kommission, bestehend aus den Genossen Kochade, Leypart und Sassenbach, Berlin, zu beauftragen, in Verbindung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Schilde stellt dann fest, daß in Anbetracht des Nutzens, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den internationalen Berufssekretariaten bringen muß, die Berufssekretäre wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden. Zwar sei der Besuch der Konferenz in San Francisco mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch hoffe er, daß auch diese überwunden werden können. Nach einer anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden wird die Konferenz geschlossen.

Literarisches.

Ein Schnapsfläschchen, die zeigt, was man in 1 Liter 25prozentigen Branntwein zum Preise von 1 Mk. zahlt, erschien jochen in neu bearbeiteter Auflage. Die Zahlen wurden — wie bei der ersten Auflage — vom Gen. E. Wurm berechnet. — An jedem Ort, in jedem Raum, wo Arbeiter zusammenkommen, muß diese Flasche aushängen als Aufforderung zu dem vom Leipziger Parteitag beschlossenen Branntweinbojkott! — Das Blatt (25:45 cm groß) ist in mehrfarbiger Lithographie auf Karton gedruckt, lackiert und mit Dosen zum Aufhängen eingerichtet und kostet einschließlich Porto und Verpackung 40 Pf. (bei Mehrbezug billiger). — Verlag: Deutscher Arbeiter-Abfinden-Bund (F. Michaelis), Berlin S.O. 16, Engel-Ufer 19.

De Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Obige Zeitschriften bringen die modernen und der Umgangssprache angehörigen Redewendungen, wie man sie meist vergebens in französischen Wörterbüchern finden würde. Die in jeder Nummer enthaltenen praktischen Gespräche sind so recht dem Leben entnommen und leiten auf zweckmäßige Weise zum praktischen Gebrauch der zu studierenden Sprache. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Deutsche Stadtwappen. Die Kasse-Handels-A.G. (Hag) in Bremen beginnt jetzt (auf Anregung einer Sonderschrift von der Brücke über Kellame: die gewaltigen Summen, die für Kellame auszugeben werden, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen gleichzeitig in den Dienst des Volkes zu stellen) mit der Herausgabe einer 3000 Motive umfassenden Serie von Kellamenmarken, die sich durch ihre vorbildliche Güte auszeichnen. Die Marken stellen je eines der rund 3000 Ortswappen vor, die bis jetzt in Deutschland landesherrlich bestätigt sind. Die Zeichnungen stammen von dem hervorragenden Heraldiker Professor Otto Hupp, dessen Name allein schon für die einwandfreie Ausführung der Miniatur-Kunstblätter bürgt. Die erste Serie von 32 verschiedenen Wappenmarken ist jochen erschienen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. September verstarb der Kollege Wilhelm Schürmann, geb. am 25. Mai 1855 in Neu Lübbenau. — Am 23. September verstarb der Kollege Julius Proski, geb. am 3. Juli 1887 in Neuenburg. — Am 24. September verstarb der Kollege Adolf Brunnert, geb. am 26. März 1868 in Berlin. Danzig. Am 30. August verstarb unser Kollege Gustav Schattlowski im Alter von 23 Jahren infolge eines Herzinfalles. — Am 19. September verstarb unser Kollege Eduard Burand im Alter von 52 Jahren an einem Lungenleiden. Dresden. Am 13. September verschied nach langer Krankheit der Kollege Adolf Benedig im Alter von 62 Jahren. — Am gleichen Tage verschied infolge eines Schlaganfalles der Kollege Max Gundel im Alter von 37 Jahren. Elbing. Am 4. September verstarb der Kollege August Schick im Alter von 23 Jahren an der Schwindsucht. Spandau. Am 13. September erlitt unser Kollege Richard Stiller, geb. am 22. Januar 1868 in Sorau, durch einen Unfall den Tod. Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

In den nachstehenden Filialen soll vom 1. November dieses Jahres bis zum 1. März 1914 Reiseunterstützung ausgezahlt werden: Aachen, Altenburg, Annaberg, Aßlerleben, Aschaffenburg, Augsburg, Baden-Baden, Bamberg, Baugen, Bayreuth, Berlin, Bernburg, Biebrich, Bielefeld, Bochum, Bonn, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Breslau, Bunsau, Cassel, Celle, Chemnitz, Coblenz, Coburg, Colberg, Colmar, Cöln, Cöthen, Cottbus, Cuxhaven, Danzig, Darmstadt, Dessau, Detmold, Döbeln, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Eberswalde, Eisenach, Elberfeld, Erfurt, Eichwege, Essen, Finsterwalde, Flensburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Freiberg i. S., Freiburg i. Br., Friedberg, Gera, Gießen, Gmünd, Göttingen, Gorki, Gotha, Göttingen, Graudenz, Greifswald, Greiz, Guben, Hagen, Halberstadt, Halle, Hameln, Hamm, Hannover, Heidelberg, Heilbrunn, Herford, Hildesheim, Hirschberg, Hof, Jena, Jümlenau, Jngolstadt, Kaiserlautern, Kamenz, Karlsruhe, Kempten, Kiel, Konstanz, Königsberg, Köslin, Landenberg, Leipzig, Liegnitz, Lindau, Lissa, Lützenwalde, Lüdenscheid, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Marburg, Meerane, Meiningen, Meissen, Merseburg, Mühlhausen i. E., Mühlhausen i. Th., München, Naumburg, Neugersdorf, Neumünster, Reife, Reustadt a. d. S., Rieneburg, Nordhausen, Nürnberg, Oberstein, Oldenburg, Oppeln, Osnabrück, Parientkirchen, Passau, Pforzheim, Pirmasens, Pirna, Plauen, Posen, Potsdam, Queblinburg, Rathenow, Regensburg, Reichenhall, Riesa, Rostock, Saalfeld, Salzgitten, Saarbrücken, Schleswig, Schwab. Hall, Schweinfurt, Schwerin, Siegen, Singen, Solingen, Stendal, Stolp, Straßburg, Steinhilber, Stuttgart, Tilsit, Trier, Thorn, Ulm, Waldenburg, Weimar, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Wismar, Witttenberge, Worms, Würzburg, Zeitz, Zwickau und Jittau.

Etwaige Wünsche auf Änderung der in Betracht gezogenen Orte, sowie die Angabe der Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung, der Herbergs- und Verzehrslokalen sind bis spätestens den 10. Oktober d. J. an den Vorstand einzufenden. Zu dem Zwecke der Werbung sind Formulare an die Bevollmächtigten gesandt worden.

Auch diejenigen Filialen, welche keine Reiseunterstützung auszahlen, mögen gleichfalls die Adresse der Herbergen und Verzehrslokale einsenden, damit dieselben in dem Verzeichnis mit aufgeführt werden können. Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 23. bis 29. September.

Eingefandt wurden für die Hauptkasse: Göttingen M. 150.—, Friedberg 200.—, Gotha 1900.—, Pforzheim 500.—, Stettin 350.—.

Die Filialkassierer mache ich darauf aufmerksam, daß die Belege (Krank- und Sterbefälle, Quittungen über Mahrgeldung und Rechtschutz usw.), soweit sie in der Abrechnung des dritten Quartals verrechnet werden sollen, bis zum 10. Oktober bei der Hauptkasse eingefandt sein müssen. Nach dem 10. Oktober hier eingehende Belege können im dritten Quartal nicht mehr verrechnet werden.

Material wurde versandt:

- B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. Pr. = Protokolle. F. = Futterale.

Dortmund 2 Pr. a 60 S.; Erfurt 50 B. a 130 S.; 50 C., 5 Pr.; Finsterwalde 10 C.; Gotha 50 B.; Göttingen 200 B. a 80 S.; Hamburg 15 B. a 45 S.; Hannover 10 000 B. a 70 S., 2000 B. a 90 S., 10 000 B. a 110 S., 20 D., 30 F.; Karlsruhe 100 B. a 95 S., 100 B. a 135 S. (grüne); 1000 B. a 80 S., 1000 B. a 120 S.; München 50 B. a 25 S., 50 B. a 65 S.; Nordhausen 30 C., 1 Pr.; Weiskasser 5 C.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Wils. Kappel, Buchn. 27814, bezahlt bis zur 28. Woche 1913 (Darmstadt); Bernh. Goldorf, Buchn. 71542, bez. b. 20. B. 13 (Hamburg); F. B. Hansen, Buchn. 34573, bez. b. 26. B. 13 (Cöln); Willy Franke, Buchn. 11227, bez. b. 31. B. 13 (Nowawes); Joh. Kunge, Buchn. 12908, bez. b. 31. B. 13 (Lüneburg); Karl Stahlmann, Buchn. 26553, bez. b. 34. B. 13 (Mannheim); Feinr. Bender, Buchn. 6108, bez. b. 20. B. 13 (Cassel); Peter Warner, Buchn. 73549, bez. b. 25. B. 13 (Samburg); Erv. Köllig, Buchn. 21497, bez. b. 28. B. 13 (Bremerhaven); Wils. Raack, Buchn. 363, bez. b. 29. B. 13 (Samburg); Otto Fuchs, Buchn. 4530, bez. b. 34. B. 13 (Weida).

Die Woche vom 5. bis 11. Oktober ist die 41. Beitragswoche.

G. Wenker, Kassierer.

Zentral-Krank- und Sterbefälle der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

Bericht der Hauptkasse vom 21. bis 27. September.

Ueberschuss fandte Stelle in Stuttgart M. 100 ein. Zuschüsse wurden abgefandt an: Schulze in Spandau M. 200.—, Köllner in Bochum M. 50.—, Landenbach in Ansbach 50.—.

Krankengelder erhielten: Buchn. 5552, S. Schwarz in Oberhausen, M. 27.—; Buchn. 22507, A. Eichhorn in Pforzheim, 13.50; Buchn. 36430, A. Koch in Neuhoppin, 13.50.

F. Warnke, Hauptkassierer.

Durch Verzug nach Berlin hat der Obmann des Ausschusses, Kollege Friedrich Bartels, seinen Posten niedergelegt und ist ab 1. Oktober 1913 als Obmann des Ausschusses der Kollege Friedrich Sinderen in Hamburg, Jordanstraße 62, 3. Etg., bei A. Trausch gewählt worden. Alle Beschlüsse über den Vorstand und Schiedsgerichtssachen sind an diese Adresse zu richten. Der Vorstand.

Der Maler-Kalender für 1914

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes
ist erschienen. — Die Verwaltungen werden ersucht, umgehend ihre Bestellungen anzugeben. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten. — Preis 50 Pfg. pro Exemplar. — Bei Bestellung von mindestens 10 Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45 Pfg. Einzelbestellungen ist das Porto von 10 Pfg. beizufügen.

Filiale Hamburg!

Der Arbeitsnachweis für das Maler- und Lackierergewerbe zu Hamburg (Patriotische Gesellschaft), befindet sich Sünderposten 8. Derselbe ist geöffnet Werktags von 9 bis 11 Uhr morgens und 5 bis 6 Uhr abends. Dieser Arbeitsnachweis ist durch Vertrag zwischen unserem Verband, dem Arbeitgeberverband und der Patriotischen Gesellschaft errichtet worden. Wir erfragen unsere Mitglieder dringend, nur diesen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Eintragungen nur bis 10 Uhr.

Filiale Flensburg.

Allen reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Arbeitsvermittlung nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis, Sünderposten 12, erfolgt. Gebühret vom 8. 12. nachm. 3-5 Uhr. Umstände ist streng verboten. Die Verwaltung.

In der Privatlogierkammer des Anwalts Dr. David in Hagen, wegen Verleumdung.

wird auf Grund des gerichtlichen Vergleiches vom 12. September 1913 folgendes festgestellt:

Der Anwaltsmeister Albert Geßler ist in Hagen i. H. mit dem am 2. Juni 1913 ergangenen Urteil über die Verleumdung durch den Anwaltsmeister Dr. David, Rechtsanwalt.

Malergehilfen

steht noch ein. Anfragen mit Lohnanträgen erbeten. — Chr. Neumann, Malermeister, Südbahn (Schwarz).

Unübertroffen

so wohl als auch die Arbeiten meiner Schüler auf allen von mir besichtigten Fachausstellungen.

C. Christen, Malermeister, Hamburg 24, Ifflandstrasse 67. Prospekte über Tages- und Abendkurse gratis.

Die Rätsel der Farbenharmonie

finden Sie gelöst in Baumanns Neuer Farbentontafel (System Prase). — 1359 Farbentöne nebst Mischungsangaben und Mitteilungen über Art und Verwendbarkeit der Farben. Prospekte und Probetafeln gratis und franko.
Paul Baumann, Aue 1. Sa., Wettinerstr. Nr. 50.

Erstes Maler-Technikum

für nur 1 Monat Unterricht
in Holz, Marmor, Schriften u. zeitgem. Techniken. Anerk. leistungsfäh. Spezialschule d. Neuzeit. Gründl. Ausbild. in 9 Holz- od. 6 Marmorarten. Bester Erfolg selbst gering begabte Schüler garant. Seit 1896 in der Praxis glänzend bewährt u. höchst prämiert. Am 15. Okt. Schluss 15. März. Prosp. mit Schülerarb. u. Vorträgen d. Leiters frei durch Fr. Schott, Schwerin i. M. 5.

Gratis erhalten Sie den illustr. Prospekt

Prachtvolle Schülerarbeiten
von Kunst- und fachgewerblich. Institut für Maler, Erste Schweiz. Malerschule
H. Schmid-Engweiler, Zürich.
Grand Prix — Goldene Medaillen.
Porto nach der Schweiz: Briefe 20, Karten 10 Pfg.

Zögern Sie nicht

sondern verlangen Sie sofort unsern illustr. Pracht-Katalog E (ca. 100 Abbildungen), welcher Ihnen gratis u. franco zugesandt wird. Sie werden aus demselben sehen, dass wir Ihnen grosse Vorteile bieten. Wir versenden nach allen Ländern elegante **Gebrauchte Herrschafts-Kleider** zu enorm billigen Preisen. Sie haben bei Bestellung kein Risiko, da wir für nicht zugesagte Waren automatisch das Geld zurückzahlen oder auf Wunsch umschicken. — Wir offerieren: Gebr. Paletots und Ulster . . . von 5 bis 39. — Gebr. Sacco- und Rockanzüge. . . von 5 bis 35. — Gebr. Gehrock-Anzüge . . . von 11 bis 40. — Gebr. Saccos und Hosen . . . von 2,50 bis 9. — **neuer Garderobe** enthält eine kleine Auswahl Lager u. in spezial. zum Ankauf von Herren-Sachen nicht zu unterschätzenden Schweizer-Nummern.
Bekleidungshaus M. Kurzmantel & Co. München 9, Isarplatz 1.

Unsere besteingeführte **Orig.-Wischmethode** (Lappen mit ausgebrochenem Stahlkamm) können Sie nur allein in unserem Institut oder durch unser Werk „Neue Holz- und Marmorarbeiten“ gründl. erlernen. Diese Methode wurde von unserem Herrn Welterhausen im Jahr 1898 erfunden u. seitdem werden sämtl. Teilnehmer unserer Schule hierin ausgebildet, sodass wir jedem Schüler für Erfolg garant. können.
Fr. Welterhausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19
Spezial-Schule für Holz- u. Marmorimitation u. mod. Techniken
Verlangen Sie illustrierten Katalog kostenlos!

Erstklassige Kölner Fachschule
für Holz- und Marmorarbeiten und neuzeitliche Flächendekoration
von **Georg Haaf, Köln, Boisseréestrasse 18.**
Viele Auszeichnungen für Schülerarbeiten auf Malerfachausstellungen. Erfolg garantiert. Illustr. Prospekt gratis. — Anfang 1. November.



Teilzahlung!!!

Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw.
Kataloge gratis und franko
Jonass & Co., Berlin A. 445
Belle-Alliancestr. 3.



Jeder Herr, Kavaliere-Garderobe

Ich liefere solche aus la. Maßstoffen zu nachfolgend staunend billigen Preisen:
Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge M. 6 bis 38
Smocking-, Frack- und Gehrock-Anzüge M. 12 bis 45
Frühjahrs-Ueberzieher und -Ulster M. 5 bis 32
Gumm-Mäntel von 12 M. an.
Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht genehm, das gezahlte Geld sofort zurückgesandt. — Versand gegen Nachnahme.
J. Kalter, München, Tal 19.

Die Firmenmalerei 4 Hefte, 41 Taf. neueste Schriften, nebst 63 praktischen Gutachten u. Firmenbeschreibungen, Plakate, Umrahmungen, Farb-Entstimmung usw., Mt. 6,25.

Die Holz- und Marmorarbeiten zur praktischen Ausföhrung und Selbstunterricht. 148 Seiten nebst 71 Holz- u. Marmormustern, Mt. 4,75.

Wollständige Anleitung zur Firmen- und Glasföhrmalerei nebst vielen Mustern u. Schriften, 69 Seiten (28 x 15 cm) und 17 Tafeln, Mt. 8,15.

G. Dickhaut, Frankfurt a. M.
Buchverlag, Taunusstrasse 28. Telefon 5291.

An- und Verkauf von gut erhaltenen Herrenkleidung, Gold- und Silberwaren. Krötech, Nürnberg, Zwisch. d. Felsenbänken 5.

Malerschule zu Bremerhaven
C. & H. Dreier
Dek.-Schriften-, Holz- u. Marmorarbeiten
1 Monat Unterricht:
6 Holz-, 4 Marmorarten
Wintersemester vom 1. November bis 31. März. Prospekte gratis und franko.

Malerschule Gotha.
Staatspreis und goldene Medaillen.
Prospekt frei. P. Teichgräber.

Düsseldorfer Malerschule
für Dekorationsmalerei v. Helar. Weischede
Bekannt. Schule, fachgemässer Unterricht.
1. Oktober bis 31. März.
Höchst prämiert. Prospekte kostenlos.
Helar. Weischede, Düsseldorf-Oberkassel
Oberkasselstr. 13.

Malerschule Buxtehude
Grösste Schule f. Dekorationsmalerei
1912 wieder goldene Medaillen
und Ehrenpreise.
Prospekt gratis durch die Direktion.

Schule f. Holz- u. Marmorarbeiten
M. Nabben, Düsseldorf
Prämiert mit höchsten Auszeichnungen
Kursus vom 2. Nov. bis Ende Febr.
Prospekte gratis.

Malerschule zu Hamburg
von Wilhelm Schütze, Strohhaus 12.
Prospekt gratis.
Goldene und silberne Medaillen.
Viele erste Preise.
15. Oktober bis Ende März.

Malerschule Zerbst
(Auskult.). Bedeutende Schule für Dekorationsmalerei. Abteilung für Holz- u. Marmorarbeiten.
Prospekte gratis durch die Direktion.

Malerschule PAUL BICHTER
Ch. Riethstr. 25
Sophie Charlottestr. 45. — Geöffnet zu jeder Jahreszeit. Inh. 1. Preis-Vorber z. Meisterpr. Reichl. Pr. gr.

Abendunterricht in Holz- und Marmorarbeiten
Ab 11. Oktober. Prospekt gratis.
G. D. Hintze, Hamburg, Mittelstrasse Nr. 79.

Farben = Lacke
Firniss, rein . . . Pfg. 30 Pfg.
Gleisweiss . . . „ 32 „
Gulweiss . . . „ 25 „
Dackweiss, gelb . . . 18 „
Erst-Farb. Lack . . . 55 „
Wirt. Ocker . . . Pfg. 15 „
M. Franke, Berlin
Kappelerstrasse 12a.

Durchziehbürsten, Schwammstöpfe,
Verstellbare Durchziehpinsel
Werkzeuge für moderne Wanddekorationen
Prospekt gratis und franko.
Alle Maler-Bedarfsartikel gut u. preiswert
R. Reents, Nürnberg Inneer Lindenbergstr. 15.

Sämtliche Maler-Artikel
in la. Qualität zu billigen Preisen.
Ein grosser Schatzkasten
ein Lehrbuch für Holzmalerei gratis.
Verlangen Sie Broschüre.
Leonhard Oelschlägel, Nürnberg
Sopernstrasse 11.

Schablonen
stets Neuheiten!
G. Lorenz, Schablonenfabrik
Cossebaude-Dresden
Kann verlangen Musterbuch Nr. 30 porto-frei.

Maler-Mäntel
116 120 125 cm lang
3- 3,50 4,50 Mt.
Hosen 2 Mt. Treck-Jacken 1,25, Dress-Jacken 1,50, Regen- u. Segel-Jacken 2,25 Mt.
Etwas mehr bitten anzugeben.
D. Wurzel & Co., Berlin
Strassenstrasse 13, L.

Schne
Soloch haltb. sind meine la. neugefertigten Maler-Schne
zu 10 vertrieht.
Euch. mit u. ohne Lederbeleg vorräthig. Postpat. 10 Paar
2,50 Pfg. gg. Nachb. Postfachfabrik G. Götze,
Frankfurtweg 2.



Geld erhalten Sie zurück

für Waren, die nicht in jeder Beziehung Ihren Beifall finden! Bestellen Sie sofort gratis u. franko meinen illustrierten Prachtkatalog 13 über wenig getragene Herrenkleider, von Herrschaften und Kavaliere stammend.
Derselbe gibt Ihnen Anleitung, wie Sie sich für wenig Geld hochfein und chic kleiden können.
Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von Mk. 12.— bis 45.—
Herbst- und Winter-Ueberzieher und Ulster von Mk. 10.— bis 45.—
Gehrock- und Frack-Anzüge von Mk. 15.— bis 50.—
Smoking-Anzüge von Mk. 22.— bis 50.—
Einzelne Hosen oder Saccos von Mk. 3.— bis 12.—
Stadtpeize von Mk. 65.— bis 200.—
Spezial-Versandhaus für Herrenkleider
vom besten Publikum stammend
L. Spielmann
München, Gärtnerplatz 1 u. 2
Telephon 2464. — Telegramm-Adresse: Spielmann, München, Gärtnerpl.

Lernen Sie tanzen

und zwar ohne Lehrer in wenigen Tagen sämtl. Rundtänze, wie Polka, Walzer, Rheinländer usw., dann Gruppentänze, ferner das Arrangieren von Tanzbergen und -festen. Sie erlernen sich durch unser Tanzlehrbuch zum Selbstunterricht teure Tanzstunden, da jeder Tanzschritt abgebildet u. genau erläutert ist. 144 Seiten starkes Buch mit vielen Illustrationen. Preis Mt. 1,70 mit Porto. Erfolg garantiert
Kongreg-Verlag, Abt. 104a, Dresden-N., Marschallstrasse Nr. 27.

Schriftenwerke

Praktisches Schriftzeichnen v. König Mk. 2,70
Vorlagen zu Mk. 2,50, 1,50 und 0,80
Neu! Die Schrift, 24 Tafeln Mk. 2,50
Albert Kern - Nürnberg
Peter Steet Kachf., Obere Wörthstr. 18/19.

Kollegen, Sie kaufen gut u. billig beim Kollegen
Joseph Weber, Nürnberg,
Birtelgasse 4, nächst dem Jakobspflanz.
Balerartikel, Farben, Lacke, Pinsel, Schablonen, Weizen, Maleranzüge
u. s. w. — schreibe, Anzeigefäden.
En gros. — En detail.

Wollen Sie Geld sparen?
Dann tragen Sie die neue **Dauer-Wäsche**
illustr. Prosp. gratis.
Wäsche-Versand Freisleben
Dresden 1, Postschließfach 1.

Maler-Mäntel - Weltberühmt in u. Schottl. Direkter Versand an Jedermann ab Fabr. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen.
Emil Hohlfeldt Dresden-N., Ritterstr. 2-4.



Durch Sparen

der teuren Bodenmiete verkaufen wir elegante Herrenkleider
staunend billig. Verlangen Sie unser Bodenmieten Nr. 11 gratis u. franco und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit.
Kein Risiko, wenn nicht gefällt erhalten Sie Ihr Geld zurück!
Jabian & Co., München,
Maximiliansstrasse 39, 1. Stod.
Erstes jüdisches Etager-Bekleidungs- u. Herrenkleider.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 39 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich
M. Mart, Hamburg, Claus Grothstr. 1.
Verlag: G. Bentler, Hamburg 25.
Druck: Friedrich Meyer, Hamburg 23